

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
1. März 1909

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zundel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Die Schrecken der Arbeitslosigkeit in Berlin. Von Luise Zieg. — Frauen, erwacht! Von M. W. — Auf zum Kampf gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse in den Krankenhäusern. Von Gh. — Eine aufreizende Ausstellung. Von M. Kt. — Die Prometheusfage. Von G. G. (Schluß.) — Die Lage der Arbeiterinnen in der Holzindustrie. Von E. D. — Aufzeichnungen eines Dienstmädchens. Von einem Hamburger Dienstmädchen. Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht über die Tätigkeit der politisch organisierten Frauen in Stuttgart. — Schützt die Kinder vor Ausbeutung! — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus dem niederrheinischen Textilgebiet. — Aus dem Verband der Buch- und Steinrudereihilfsarbeiter. Notizenteil: Diensthofenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Soziale Elendsbilder. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind.

## Die Schrecken der Arbeitslosigkeit in Berlin.

Arbeitslosigkeit! Welche Schrecken birgt dieses Wort für diejenigen, die auf den Ertrag ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, die arbeiten müssen, um leben zu können. Und diese Schrecken werden noch gesteigert, wenn Teuerungspreise und Winterkälte sich hinzugesellen. Arbeitslosigkeit bedeutet für den Proletarier Verdienstlosigkeit, ihr weiteres Gefolge für die Betroffenen bilden daher Entbehrungen, Hunger, Frost, Krankheit, vermehrte Sterblichkeit, Verzweiflung, Verbrechen, Prostitution, Selbstmord, kurz, entsetzliches Elend jeder Art. Die Sprache ist zu arm, um die Summe von Not und Jammer, von seelischen und körperlichen Qualen zu schildern, welche die grause Tatsache ahnen läßt, daß in Groß-Berlin Mitte Februar

### 101300 Arbeitslose

gezählt wurden. 101300 Menschen sind ganz arbeitslos, mindestens ebenso viele, wenn nicht noch mehr, arbeiten bei verkürzter Arbeitszeit: halbe Tage, einige Tage in der Woche; weitere Tausende und Tausende erblicken das Gespenst der Arbeitslosigkeit drohend vor der Tür. Und hinter all den Betroffenen und Bedrohten steht ein Heer von Familienangehörigen, die mit leiden und zittern müssen. Das Bewußtsein der Unsicherheit der Existenz lastet gleich einem Alp auf der gesamten Arbeiterklasse. Bei einer Massenarbeitslosigkeit, wie sie gegenwärtig wütet, ist naturgemäß die Aussicht für den einzelnen ungemein gering, Arbeit zu bekommen. Dafür wächst die Gefahr, daß die Unternehmer das Massenangebot von Arbeitskräften benützen, um die Löhne zu senken. In manchen Gewerben, an manchen Orten ist das bereits geschehen. Die Folge davon ist, daß die allgemeine Not vergrößert, die Wirtschaftskrise noch verlängert wird.

Greller können die Widersprüche, die der heutigen Wirtschaftsordnung innewohnen, greller kann der ganze Widersinn des Kapitalismus nicht beleuchtet werden, als durch die Krise selbst, die mit der Unvermeidlichkeit einer Naturerscheinung wiederkehrt, als durch die Begleiterscheinungen der Krise, die sich unwiderstehlich für die Ausgebeuteten an ihre Ketten heften. Und diese

Widersprüche erheben eine furchtbare Anklage gegen die herrschenden Klassen, die alle nur denkbaren Mittel anwenden, um die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Man denke! Die mit Riesenschritten vorwärtseilende technische Entwicklung, die glänzenden Erfolge der wissenschaftlichen Forschung, welche den Menschen zum immer unumschränkteren Herrn der Naturkräfte machen, welche die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit ins Fabelhafte steigern: sie bringen der Allgemeinheit nicht steigenden Wohlstand, nicht Sicherung der Existenz, der Lebensmöglichkeit, nein, furchtbares Massenelend ist ihre Folge. Massenelend nicht etwa, weil die vorhandenen Produktivkräfte zu klein und zu schwach wären, um den Lebensbedarf für alle Glieder der Gesellschaft ausgiebig zu decken, sondern im Gegenteil, weil sie zu riesig und ertragreich geworden sind, als daß die kapitalistische Ordnung des Reichtums für wenige, der Armut für die meisten die Produktivkräfte ausnützen und lenken könnte.

Die den Arbeitenden in dieser Gesellschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln „von Rechts wegen“ vorenthaltene Früchte ihres Müheens häufen sich in den Händen der Besitzenden zu immer größeren Riesensummen, die sich in ausbeutendes, menschenplünderndes Kapital verwandeln. Auf immer größerer Stufenleiter, mit immer besseren Produktionsmitteln werden Waren, mehr Waren erzeugt, die Profit abwerfen sollen. Von der blinden Eier nach Gewinn gepfeift, läßt jeder Unternehmer, jede Unternehmungsgesellschaft wild darauf los produzieren, ohne sich darum zu kümmern, was und wieviel andere Kapitalisten erzeugen. So werden weit mehr Waren hergestellt, als verkauft werden können. Die Magazine, Läden und Lager werden überfüllt, und der Absatz der Waren im Ausland hat gleichfalls seine Grenze, er wird beschränkt durch die Konkurrenz der Völker untereinander. Infolge der Überfüllung des Warenmarktes stockt der Absatz, die Zirkulation des Geldes wird eingeschränkt, Geldknappheit, Geldteuerung tritt ein, weniger kapitalkräftige Unternehmer fallieren, die Produktion wird eingeschränkt, Arbeitermassen werden entlassen und — die Krise mit ihrer furchtbaren Not für die Arbeiterklasse ist da.

Während die Massen des werktätigen Volkes zur Zeit der guten Geschäftskonjunktur zur Überarbeit gezwungen, zur größtmöglichen Arbeitsleistung angestachelt werden, müssen sie nun feiern, wenngleich sie sehnsüchtig Arbeit fordern, die Brot bringen soll. Zehntausende entbehren das Nötigste zur Fristung der nackten Existenz, verderben und sterben, Hunderttausende leiden und darben, nicht weil der gesellschaftliche Reichtum zu klein ist, nicht weil es an Brot, Kleidern und Wohnstätten mangelt, nein, weil zuviel der Güter vorhanden sind. Für ihren Fleiß und ihre erzwungene Bedürfnislosigkeit zur Zeit des guten Geschäftsganges, die den Unternehmern steigenden Profit sicherten, wird die Arbeiterklasse zur Zeit der Krise mit Entbehrungen und Hunger bestraft. Die Massen können ihrer schwarzen Not nicht mit den Waren abhelfen, die nach Abnehmern schreien. Denn diese Waren sind ja Privateigentum der Besitzenden, und nur wer dafür zahlen kann, darf sie verbrauchen. Der Reichtum der Besitzenden baut sich auf dem Elend der Massen auf,

welch ein Wahnsinn! Zur Zeit der Krise tritt der unlösliche Widerspruch zwischen der heutigen Eigentumsordnung und der Produktionsweise so hell in die Erscheinung, daß er dem blödesten Auge sichtbar wird.

Mit Donnerstimme ruft daher die Krise den ausgebeuteten Massen zu: „Wollt ihr mich und alle Not und alle Schrecken der Arbeitslosigkeit beseitigen, so führt den Kampf gegen die heutige Gesellschaftsordnung, setzt alle Kraft daran, das Privateigentum an den Produktionsmitteln in Gemeineigentum umzuwandeln und damit den Sozialismus zu verwirklichen. Ist dieses Ziel erreicht, so arbeiten die Massen nicht mehr, um einer kleinen Schar Besitzender steigenden Profit zu erschanzen, sie sind vielmehr tätig, um die Bedürfnisse der Gesamtheit zu befriedigen. Dann wird es nimmer trüben, steigende Ergiebigkeit der Arbeit wird steigenden Wohlstand aller bedeuten.

Doch nicht nur zum Kampf für den Sozialismus ruft uns die Krise auf, sondern auch zum Kampf um Reformen in der Gegenwart. Der Staat der ausbeutenden Klassen hat es den Gemeinden und vor allem den vielgeschmähten Gewerkschaften überlassen, die Not der Arbeitslosen zu lindern. In den Gemeinden führen die sozialdemokratischen Vertreter des Proletariats einen rastlosen, leider oft vergeblichen Kampf für eine umfassende Arbeitslosenfürsorge, für Notstandsarbeiten, für die Schulpflicht, bedürftiger Kinder und andere Reformen noch. Im Reichstag lehnte die Regierung und die bürgerliche Mehrheit eine Reichsarbeitslosenversicherung ab, und der Abgeordnete Dr. Bahr beschimpfte die Arbeitslosen noch, indem er die Reichsarbeitslosenversicherung eine Prämie auf die Faulheit nannte. Das Elend aber wächst und ist bereits seit langem riesengroß.

Unter den Arbeitslosen befinden sich auch nicht wenige Arbeiterinnen, Frauen, die notwendig zum Lebensunterhalt der Familie mit beitragen müssen, junge Mädchen, die allein für sich zu sorgen haben, Witwen, die für ihre Kinder Brot schaffen sollen. Auch sie alle verfallen wie ihre Brüder der Arbeit dem Elend. Wie manche von ihnen wird auf den Weg der Schande gedrängt, manche auf die Bahn des Verbrechens, andere erkranken infolge der Unterernährung, infolge der auszustehenden Not, und vielleicht sind die von ihnen noch am glücklichsten, die der Bürgengel Tod dahinrafft.

Auch jene Arbeiterfrauen, die bis dahin noch nicht in die Erwerbsarbeit gedrängt wurden, die sich ihrer Familie widmen konnten, sind von den Folgen der Krise erfaßt worden. Tausende von ihnen werden durch die Arbeitslosigkeit des Gatten zum Mitverdienern aufgepeitscht. Andere wiederum, die sich vergeblich nach Arbeit und Verdienst umschauten, fallen der Not anheim, die grinsend aus allen Ecken schaut, sie leiden nicht nur selbst Hunger, sie müssen die furchtbaren Seelenqualen erdulden, ihre Lieben, ihre Kinder, hilflose Kleine, hungern zu sehen!

Wahrlich, müssen diese Zustände die Empörung der proletarischen Frauen gegen den Kapitalismus nicht auf das höchste steigern? Müssen sie ihnen nicht das Versprechen auf die Lippen legen, alles, alles dran zu setzen, um die Macht der Arbeiterklasse zu steigern, damit eine Vinderung des furchtbaren Elends in der Gegenwart, seine Beseitigung in der Zukunft durchgeführt wird?

Bei dem Kampfe, den die Arbeiterklasse für so hehre Ziele führt, dürfen die am meisten Beteiligten, die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, nicht fehlen, sie sollten vielmehr in den vordersten Reihen stehen. Ob sie als Hausfrau und Gattin, ob sie als Mutter oder als Arbeiterin unter den Widersprüchen und Sünden der kapitalistischen Ordnung leiden, ganz gleich. An sie alle ergeht der Ruf: beherzigt die Lehren der Krise, bringt euren heiligen Zorn über den Jammer dieser Zeiten durch eure Beteiligung an der Arbeiterbewegung, am proletarischen Klassenkampf zu Ausdruck. Unter der Losung: Unversöhnliche Feindschaft dem Kapitalismus, gilt es, die ganze Persönlichkeit in den Dienst der Menschheitsbefreiung zu stellen, gilt es, dem Sozialismus eine Gasse zu bahnen, der Friede, Brot, Bildung und Recht für alle bringt! Luise Zieg.

## Frauen, erwachet!

Frauen, erwachet! Erwachet aus eurer Gleichgültigkeit, eurer Stumpfheit, in die euch euer Glend gebracht hat! Schaut um euch und lernet verstehen, daß die Zeit gekommen ist, da auch die Frau den Kampf aufnehmen muß gegen die sie erdrückenden wirtschaftlichen und politischen Gewalten.

Habt ihr euch schon einmal gefragt, ihr Hausfrauen, warum euer Mann, der sechs Tage lang von früh bis spät hart arbeitet, so wenig Geld als Wochenverdienst nach Hause bringt? Habt ihr schon einmal gefragt, warum ihr für dieses Geld so wenig kaufen könnt? Warum ihr trotz schwerer Arbeit, trotz aller Entbehrungen am Hungertuch nagt, euch keine Freude, euch keinen Genuß gönnen dürft? Oder habt ihr nie darüber nachgedacht, wo die Ursachen eurer Not liegen? Habt ihr euch wohl verträumen lassen auf ein besseres Jenseits, das euch entschädigen soll für euer Leben voll Qualen und Sorgen? Oder habt ihr euch vorreden lassen, es sei immer so gewesen und werde sich nie ändern, daß die große Masse des Volkes in Armut leben müsse?

Frauen, glaubt nicht, was euch die erzählen, die ein Interesse daran haben, daß alles so bleibt, wie es heute ist. Laßt euch aufklären von denen, die die Wahrheit sagen, warum ihr in Armut und Glend lebt.

Es gab eine Zeit, da war das Haus die Welt der Frau. Alles, was die Familie gebrauchte, wurde von den Frauen innerhalb des Heims hergestellt. Die Erziehung der Kinder lag in ihren Händen. Die Frau hatte eine sie voll ausfüllende Tätigkeit innerhalb ihres Hauses, ihrer Familie. Aber wie ist es heute? Die wirtschaftliche Entwicklung hat die Frau befreit von den tausend wirtschaftlichen Arbeiten, die sie ehemals selbst verrichten mußte. Der Großbetrieb hat alle die Einrichtungen an sich gerissen, die früher von dem einzelnen im kleinen ausgeführt wurden. Wer, besonders in der Großstadt, bäckt heute sein Brot selber, wer macht seine Schuhe selbst, wer kocht Seife, wer zieht Lichte? Das alles tut heute die Fabrik. Die Fabrik, in der eure Männer in täglicher Fron stehen, und nicht nur eure Männer, nein, auch ihr selbst und eure Kinder. Denn die Maschine in der Fabrik braucht nicht nur gelernte Arbeiter, die teuer sind, sie kann auch bedient werden von der ungelerten Frau, von dem schwachen Kinde. Und weil der Lohn eurer Männer nicht ausreicht, die Familie zu ernähren, darum müßt auch ihr verdienen helfen, müssen eure Kinder verdienen.

Obwohl die Maschine euch Frauen befreit hat von der Last und Mühe vieler hauswirtschaftlicher Einrichtungen, und obwohl mit Hilfe der Maschine viel mehr hervorgebracht wird, als in jener Zeit, da alle Waren mit der Hand hergestellt wurden, hat sich eure Lage immer mehr verschlechtert, ist eure Arbeitslast gewachsen, seid ihr statt wohlhabender immer ärmer geworden. So klein eure Wirtschaft ist, ihr könnt euch nur wenig um sie kümmern, denn ihr müßt ja waschen, kochen, plätten, nähen, müßt in die Fabrik gehen, um den Hunger abzuwehren. Eure Kinder bleiben ohne Pflege und Erziehung, weil euch zu beidem die Zeit fehlt. Ihr werdet fragen, wie kommt es, daß die Maschine statt Erleichterung eures Loses nur Vermehrung eurer Not gebracht hat?

Das kommt daher, daß wir heute in der kapitalistischen Gesellschaft leben. Die Früchte der Arbeit gehören nicht den Vielen, die sie durch ihr Mühen schaffen, sie werden den Wenigen zu eigen, welche Besitzer der Produktionsmittel sind: der Fabriken, Maschinen, Rohstoffe usw. Das sind die kapitalistischen Unternehmer. Die kapitalistischen Unternehmer zahlen dem Arbeiter erbärmlichen Lohn, um selber einen hohen Gewinn einzustecken. Sie beschäftigen Frauen und Kinder, weil sie billiger sind wie der Mann. Und wie in der Fabrik, so herrscht im Staat das Kapital, der fremde Arbeit ausbeutende Besitz. Die Herrschaft des Besitzes verteuert euch euer langes Stück Brot; sie macht euch politisch rechtlos, um nur ein zweifaches Unrecht zu nennen, das euch geschieht.

Wie häufig steht ihr beieinander, ihr Frauen, und klagt euch gegenseitig euer Leid: daß alles so teuer ist, daß der Mann

kaum einmal in der Woche ein Stückchen Fleisch bekommt, daß ihr für eure kleinen Kinder die gute Milch nicht kaufen könnt, weil sie zu hoch im Preise steht. Und beklagt ihr euch über die teuren Preise, so könnt ihr wohl da und dort hören, die hohen Arbeitslöhne seien daran schuld; die Arbeiter, die in ihrer Begehrlichkeit immer mehr haben wollten. Daß das nicht wahr ist, wißt ihr selbst am besten. Ihr könnt ja nachzählen, wie spottschlecht eure Männer entlohnt werden. An der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel und aller anderen Waren tragen die Bölle und indirekten Steuern die Schuld, die darauf lasten. Alles, was ihr verbraucht, ist mit einer Abgabe an den Staat belegt, mit einem Zoll, mit einer sogenannten indirekten Steuer. Die Abgabe, die ihr jedesmal entrichten müßt, wenn ihr einkauft, beträgt für jedes Pfund Brot 6 Pf., für jedes Kilo Fleisch 27 Pf., für Schmalz 10 Pf., für Butter 26 Pf., für Margarine 20 Pf., für Speck 36 Pf., für Reis 9 Pf., für Grieß 12 Pf., für Salz 12 Pf., für Zucker 14 Pf., für Kaffee 40 Pf., für jeden Liter Petroleum, das ihr zu eurer Arbeit braucht, 6 Pf.

Es wird behauptet, ihr spürtet die indirekte Steuer nicht, weil ihr sie pfennigweise bezahlt. Das ist falsch. Wohl gibt es leider viele unter euch, die tatsächlich nicht wissen, wie sie Tag für Tag ausgeplündert werdet. Aber darum drückt sie diese Ausplünderung selbst nicht minder. Denn die Pfennige, die euch beim Einkauf durch höhere Preise aus der Tasche genommen werden, summieren sich zu Mark, zu vielen Mark zusammen. Eine Familie, die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht, muß jährlich dem Deutschen Reiche gegen 100 Mk. an indirekten Abgaben zahlen, die es für Soldaten, Schiffe und Kolonien vergeudet. Und warum das? Warum denn werden die Riesensummen, die das Reich für seine Zwecke braucht, durch indirekte Abgaben aufgebracht, die euch den notwendigsten Lebensbedarf verteuern? Einfach deswegen, damit die Armen und nicht die Reichen die Reichssteuern tragen müssen. Im Deutschen Reiche herrschen die besitzenden Klassen und wissen ihre Macht zu gebrauchen, um sich den Rücken hübsch frei zu halten. Und mit den Lasten, die ihr schon tragt, nicht genug. Die Regierung plant einen neuen Raubzug auf die Taschen der Armen, fünf-hundert Millionen Mark neue Steuern sollen aus euch durch weitere Versteuerung wichtiger Bedarfsartikel herausgeschunden werden.

Sie lügen, die euch einreden wollen, ihr dürftet euch nicht um das politische Leben kümmern, und ihr hättet auch keinen Grund es zu tun. Alle politischen Zustände, alle Bestimmungen der Gesetzgebung berühren eure Interessen und die eurer Lieben. Ist es gleichgültig für euch, ob ihr bis zur Stunde eurer Niederkunft in der Fabrik stehen müßt? Blutet euch nicht das Herz, daß ihre eure Säuglinge nicht nähren könnt, weil ihr, kaum ein paar Wochen nach der Geburt, wieder zurück zur Erwerbsarbeit müßt! Oder kümmert euch etwa die Frage nicht, woher eure Kinder ein warmes Mittagessen nehmen sollen, wenn ihr wie der Vater den ganzen Tag in der Fabrik seid? Kann es euch vielleicht gleichgültig sein, daß eure Kinder, kaum daß sie geboren sind, sich stundenlang allein überlassen bleiben müssen, weil euch die Not zwingt, zu verdienen? Auf die Straße schießt ihr eure Kleinen und gebt sie dort allen Gefahren preis, gewiß nicht leichten Herzens, sondern weil ihr müßt, weil ihr zu arm seid, sie in gute Kindergärten und Spielschulen schicken zu können.

Daß die Gesetzgebung euch angeht, das sagen euch ferner all die angeführten indirekten Steuern, die den Lebensbedarf künstlich verteuern, eure Sorgen vermehren und eure Entbehrungen steigern. Und müßt ihr nicht, wenn ihr noch so wenig verdient, von eurem Einkommen eurem „engeren Vaterlande“ direkte Steuern zahlen? Trotzdem ist euch das höchste aller politischen Rechte, das Wahlrecht, vorenthalten. Und gerade weil ihr Arme seid, trifft diese Rechtlosigkeit euch mit besonderer Wucht. Die reiche Frau verfügt dank ihrem Geldsack über vielerlei Mittel und Wege, auch ohne politische Rechte ihre Interessen in der Gesellschaft wahrzunehmen zu können. Für euch als Nichtbesitzende ist dagegen das Wahlrecht eines der wichtigsten Mittel, das tun zu können. Freilich, soweit es sich um die gesetzgebende Gewalt in Preußen,

in Sachsen, in vielen Einzelstaaten noch handelt, seid ihr nicht allein rechtlos. Eure Väter, Gatten und Brüder teilen euer Los. Sie, die als „deutsche“ Männer „reif“ sind, ihre eigenen Vertreter in den Reichstag zu wählen, sind als Preußen, Sachsen usw. unreif, das Wahlrecht zu den Landtagen auszuüben. Warum? Weil sie Arme sind und fremdem Reichtum die Taschen füllen müssen.

Vielleicht werdet ihr sagen: Wir Frauen können an all den ungerechten und schädlichen politischen Zuständen nichts ändern, denn wir sind machtlos. Wir haben kein Wahlrecht! Wir können nicht Leute in den Reichstag senden, welche gegen jede ungerechte Belastung des Volkes sind. Diese Rede ist falsch. Wohl habt ihr kein Wahlrecht, ihr Frauen des Volkes, die ihr die Kinder gebärt, die dem Kapitalismus fromden müssen, die Söhne, die als Soldaten auf Befehl des obersten Kriegsherrn auch auf Vater und Mutter schießen sollen. Wohl seid ihr politisch rechtlos, doch machtlos seid ihr nicht. Was könnt ihr tun, um Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen?

Zusammenschließen müßt ihr euch, müßt euch gewerkschaftlich und politisch organisieren, gemeinsam mit den Männern der werktätigen Massen. Ihr müßt der einzigen Partei beitreten, die die Interessen der Arbeiter vertritt, der einzigen Partei, die die volle wirtschaftliche, politische und soziale Gleichberechtigung der Frau fordert. Es ist das die sozialdemokratische Partei.

Gegen all das Unrecht, das euch und den Eurigen geschieht, gegen die Ausbeutung und Knechtung, welche die besitzenden Klassen, ihre Gesellschaftsordnung und ihr Staat über euch, die Besitzlosen, verhängen, heißt es sich wehren. Das Mittel dazu ist: Organisation. Proletarierinnen vereinigt euch, kämpft an der Seite eurer Klassengenossen für das Recht, die Freiheit der Arbeit! Für diesen guten Kampf bedürft ihr der Waffen. Solche Waffen werden euch durch Aufklärung und Wissen geschaffen. Sie setzen euch in den Stand, alle Lügengewebe zu zerreißen, mit denen eure Geister gebunden werden sollen, sie zeigen euch die Ursachen eurer Not, die Mittel, sie zu lindern, den Weg, der sicher, unaufhaltsam aus der Wüste der kapitalistischen Ordnung in eine bessere Gesellschaft führt.

Die sozialdemokratischen Zeitungen bringen euch Wissen und Aufklärung. Sie lehren euch, daß ihr euch nicht länger dumpf und stumpf in ein hartes Los fügt, das ihr für unabänderlich haltet, das aber durch eure eigene Einsicht und euren eigenen Willen gewandelt werden kann und muß. Lest die „Gleichheit“, ihr Frauen! Sie ist euer Blatt, ohne welches keine Proletarierin sein dürfte. Die „Gleichheit“ zeigt euch, warum und wie ihr kämpfen müßt zur Erringung besserer Zustände. In der „Gleichheit“ spricht die Proletarierin zur Proletarierin, die Frau zur Frau, die Mutter zur Mutter. Frauen, werdet euch endlich eurer Kraft, eurer Macht bemüht. Die Zeit ist vorbei, da die vier Wände eures Hauses eure Welt bedeuteten. Auch ihr steht draußen, allem Sturm der Gesellschaft preisgegeben. Auch ihr müßt darum kämpfen. Kämpfen für wirtschaftliches, geistiges und politisches Recht, kämpfen für eine lichte Gegenwart und eine freie Zukunft. Ihr habt einen langen und schweren Weg zu gehen. Aber seid guten Mutes! Ihr geht ihn nicht allein und nicht vergeblich. Ihr geht ihn gemeinsam mit euren Männern, Söhnen, Brüdern, mit euren Klassengenossen, mit allen, die ausgebeutet und entrechtet sind. Und der Weg führt sicher zum herrlichen Ziel, dem Kampfe winkt der Sieg. Der Sieg der Ausbeuteten und Unterdrückten über ihre Ausbeuter und Unterdrücker, der Sieg, der euch gibt, was euch heute die Ordnung des ausgebeutenden Kapitals raubt: Ein Leben des Lebens wert! M. W.

## Auf zum Kampf gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse in den Krankenkassen.

gh. Im Reichstag hat am 5. Februar der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, angekündigt, daß der Entwurf zur Reform der Arbeiterversicherung noch im Laufe des Monats Februar dem Bundesrat zugestellt und veröffent-

licht werden wird. Bei der Reform sollen die bestehenden Arbeiterversicherungsgeetze möglichst verbessert und die Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter geschaffen werden.

Unter den Fragen, wie die jetzigen Arbeiterversicherungsgeetze zu verbessern sind, steht an der ersten Stelle die: wie weit die Arbeiter an der Verwaltung der Versicherungsanstaltungen mitwirken sollen. Bekanntlich haben die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ortskrankenkassen, wenigstens im Prinzip, das Selbstverwaltungsrecht. Sie wählen zwei Drittel der Mitglieder der Generalversammlung und des Vorstandes und können dadurch den entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen ausüben. In den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung dagegen haben die Arbeiter gar nichts zu sagen, die Unternehmer regeln hier alles. Für die Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung endlich sind die Beamten maßgebend, neben denen die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer sehr wenig in Betracht kommen.

Das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Ortskrankenkassen hat unseren Gegnern seit jeher nicht gefallen. Deshalb hat die bürgerliche Presse sich schon lange eifrig bemüht, Stimmung dagegen zu machen. Immer wieder wurde über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Ortskrankenkassen berichtet. Aber fast in allen Fällen beruhte der Wurm auf böswilligen Entstellungen unserer Gegner. Bezeichnend ist namentlich der Verlauf der Beratung, die vor einigen Monaten der Staatssekretär des Innern veranlaßt hat. Er ließ mehrere Arbeiter- und Unternehmervertreter aus den bedeutendsten Ortskrankenkassen sowie sonstige Sachverständige auf diesem Gebiet einladen. Es fand denn auch eine eingehende Aussprache darüber statt, wie sich die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen bewährt habe. Das Resultat der Beratung war die einstimmige Anerkennung, daß mit der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen im ganzen gute Erfahrungen gemacht worden seien.

Aber noch mehr! In den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgeetzes hatten die Arbeiter sich in vielen Krankenkassen nicht um die Wahlen der Vertreter für die Generalversammlung gekümmert. Die Unternehmer hatten durch ihre Vorarbeiter solche Arbeitervertreter wählen lassen, die ein gefügiges Werkzeug in der Hand ihrer „Herrn“ waren. Die Unternehmer führten daher ganz selbständig die Geschäfte der Kasse. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß solche Kassen nicht im mindesten den Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung tragen konnten. So entstand eine allgemeine Unzufriedenheit unter den Arbeitern. Schließlich wurden andere Arbeitervertreter gewählt, die sich auch wirklich um die Verwaltung der Kasse kümmerten und dafür sorgten, daß die Wünsche der Arbeiter soviel wie irgend möglich erfüllt wurden. Seitdem haben sich die Ortskrankenkassen zum Segen für die Arbeiter immer besser entwickelt. Wenn die Leistungen der Kassen auch jetzt noch nicht auf der Höhe sind, wie die Arbeiter es verlangen können, so liegt der Grund dafür nicht zum wenigsten darin, daß das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter durch unzumutbare Bestimmungen des Gesetzes eingeengt ist. Aus diesem Grunde verlangen die Arbeiter mit Recht, daß alle unangebrachten Beschränkungen ihres Selbstverwaltungsrechts in den Ortskrankenkassen bei der bevorstehenden Reform beseitigt werden.

Das Reichsamt des Innern aber hat, wie aus den Mitteilungen des Staatssekretärs im Reichstag hervorgeht, aus all diesen Tatsachen nichts gelernt. Es hat vorgeschlagen, daß die Arbeiter in Zukunft nur noch die Hälfte der Vertreter für die Generalversammlungen wählen sollen, die andere Hälfte die Unternehmer. Damit wäre der entscheidende Einfluß der Arbeiter auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen beseitigt, den Arbeitern also ein Recht entzogen, das sie seit vielen Jahren besessen haben.

Und nicht nur eine Entziehung, sondern eine schwere Schädigung würde diese „Reform“ für die Arbeiter bedeuten. In den Betriebs- und Innungskrankenkassen haben wir schon jetzt

diese Art der Verwaltung. Sie hat dazu geführt, daß die Arbeiter nicht zur Geltung kommen und die Praxis der Kassen meistens durchaus arbeiterfeindlich ist. Diese Kassen haben noch weitere schwere Mißstände für die Arbeiter — trotzdem will die Regierung die Kassen erhalten! Dagegen sollen alle freien Hilfskassen, also auch die, die sich aufs Beste bewährt haben, zu Zuschüssen degradiert werden. Die Fürsorge für die kranken Arbeiter muß demgemäß durch die angekündigten Maßnahmen ganz bedeutend verschlechtert werden.

Dafür sollen die Arbeiter einen geringeren Beitrag für die Krankenversicherung als bisher leisten. Von den Beiträgen haben bisher die Arbeiter zwei Drittel, die Unternehmer ein Drittel zu bezahlen. In Zukunft sollen Arbeiter und Unternehmer je die Hälfte der Beiträge tragen.

Woher aber, so fragen wir, nehmen die Unternehmer das Geld, um ihren Teil der Kassenbeiträge zu bezahlen? Aus dem Ertrag ihres Geschäfts, also von dem, was die Arbeiter durch ihre Arbeit für das Geschäft den Unternehmern eingebracht haben. So sind es in Wahrheit die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in letzter Linie die Mittel für die Krankenversicherung beschaffen. Daher müssen auch die Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Verwendung der Gelder das entscheidende Wort mitsprechen.

Dazu kommt, daß die Arbeiter durch ihre Arbeit für den Unternehmer den Anspruch erwerben, daß dieser zur Krankenversicherung zahlt. Das Geld, das der Unternehmer für die Krankenversicherung der Arbeiter ausgibt, ist ein Teil des Arbeitslohnes. Und hierüber muß doch in erster Linie den Arbeitern und Arbeiterinnen das Verfügungsrecht zustehen.

Wo aber, fragen die bürgerlichen Arbeiterfreunde, bleibt bei dieser Auffassung der „soziale Frieden“? Denn der „soziale Frieden“ soll nach diesen überlugen Herren dadurch gefördert werden, daß Unternehmer und Arbeiter an der Fürsorge für die Arbeiter gemeinsam arbeiten. Das Gerede ist aber nichts als Arbeiterbetrug. In den Berufsgenossenschaften sind die Arbeiter ganz und gar von der Mitarbeit an der Verwaltung ausgeschlossen. Und diese Rechtslosigkeit der Arbeiter soll auch weiter bestehen bleiben. Wie steht es hier mit dem „sozialen Frieden“?

Nein, die angekündigte Entziehung der Arbeiter in den Krankenkassen kann durch Vernunftgründe nicht entschuldigt, geschweige denn gerechtfertigt werden. Macht geht vor Recht. Die Entziehung der Arbeiter ist eine reine Machtfrage. Je besser sich das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen bewährt, um so gefährlicher erscheint es unseren Gegnern. Denn eine solche Erfahrung zeigt den Arbeitern immer wieder, daß sie selbst ihre eigenen Angelegenheiten am besten regeln können und der Vormundschaft der herrschenden Klasse nicht mehr bedürfen. Die Furcht, daß die Arbeiter durch diese Beobachtung immer „umfährlicher“ werden, ist bei unseren Gegnern stärker als die Rücksicht selbst auf die Fürsorge für die kranken Arbeiter.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen aber nicht sich ihres Selbstverwaltungsrechtes berauben und die Fürsorge für die kranken Arbeiter schädigen lassen. Deshalb darf es gegen die geplante Vergewaltigung der Arbeiter nur die eine Antwort geben: auf zum Kampf, zum unermüdblichen Kampf. Die Ehre und das Interesse der gesamten Arbeiterklasse steht auf dem Spiel. Daher müssen wir auch die gesamte Arbeiterklasse zu diesem Kampfe aufrütteln und zu einem gemeinsamen Protest gegen die Pläne unserer Gegner sammeln.

## Eine aufreizende Ausstellung.

Das Bedürfnis nach Reklame ist längst nicht mehr auf die Geschäftswelt beschränkt, die ihrer zum Zwecke des Kundengesanges bedarf; in kaum verschleierte Form bedient sich auch die sogenannte gute und beste Gesellschaft dieser plebejischen Einrichtung. In den Kreisen der Geburts- und Finanzaristokratie legt man seit langem Wert darauf, daß die Welt erfahre,

was man tut und treibt, welcher offiziellen Veranstaltung zum Beispiel Frau X. beigewohnt, welche Bewunderung die bei dieser Gelegenheit getragene kostbare Toilette erregt hat usw. Die bürgerliche Journalistik kommt auf das bereitwilligste diesem Reklamebedürfnis entgegen, das meist der Eitelkeit, nicht selten aber auch dem Verlangen nach Steigerung des — Credits entsprings. Kennt sie doch ihr Publikum und weiß, was sie ihm bieten kann. Die bürgerliche Presse münzt es aus, daß sie ihren weiblichen Leserkreis in schwindelndes Entzücken zu versetzen vermag, wenn sie ihm die sogenannten „Großen“ dieser Erde menschlich — wie der hübsche Ausdruck lautet — näher zu bringen versucht.

Auf dieselben Kreise, die gedankenlos ihrer Sensationslust frönen, spekuliert auch die geschäftskundige Leitung jenes Berliner Kunstgewerbehauses, zu dem jetzt die Damen der Bourgeoisie in hellen Scharen wallfahrten. Geschickt ist man hier dem in der Geschäftswelt wie in der feinen Gesellschaft vorhandenen Reklamebedürfnis entgegengekommen, und der Rücksicht darauf verdankt die vielgenannte Ausstellung „Die Dame in Kunst und Mode“ ihre Entstehung.

In fast sinnverwirrender Fülle und Mannigfaltigkeit sind in dieser Ausstellung all die zahllosen Luxusgegenstände zu sehen, die für die elegante und reiche Dame zu den selbstverständlichen Erfordernissen eines standesgemäßen Lebens gehören. Nicht nur die ersten Firmen Berlins haben diese Ausstellung besichtigt, sondern auch eine große Zahl von Damen der Gesellschaft bis in ihre höchsten und allerhöchsten Spitzen hinauf haben Toilettengegenstände aus ihrem persönlichen Gebrauch zur Schau ausgelegt. Neu und sensationell ist auch die Art, wie die Ausstellungsgegenstände zu einem Gesamtbilde vereinigt sind.

Auf prächtigen orientalischen Teppichen schreitet man durch eine Reihe von parfümierten Prunghäusern, von kostbar ausgestatteten Schlaf- und Toilettenzimmern, in denen alle die luxuriösen Bedarfsartikel der Weltkategorie zwanglos verteilt sind. Es soll der Eindruck erweckt werden, als befände man sich in ihrem Heim. Geöffnete Schränke zeigen Berge von spinnwebfeiner, Spitzenbesetzter Wäsche; auf Wachsfiguren präsentieren sich die tief dekorierten Gesellschaftskleider, die duftigen Negligés, die Mäntel, Hüte und Pelzgarnituren, Dinge, die durchaus nicht immer schön sind, die aber stets das Teuerste und Seltenste vorstellen, was die Mode zurzeit kennt. Die Toiletentische zeigen alle die zahllosen zur Pflege des Haares, des Teints usw. bestimmten Gegenstände. Allein zur Nagelpflege der Weltkategorie gehören zirka zwanzig verschiedene Utensilien. . . . Dazu denke man sich eine Anzahl von Fächern, Schuhen, Schirmen, Spazierstöcken, Spitzen von Rissen, Pompadours, Gürteln usw., viele der Gegenstände mit echten Brillanten eingelegt und besetzt. Was nur je müßige Laune zur Erhöhung des Schmuckes, zur Steigerung der Annehmlichkeiten des Müßigganges erfunden, ist in der Ausstellung in erlesenem Material und apartesten Formen zu sehen. Alles ist vertreten, sogar Automobiltoiletten für — Hunde fehlen nicht. Millionenwerte repräsentieren die Schmuckschätze allein. Eine Bankiersfrau hat aus ihren Schmuckbeständen ein Diadem und eine Halskette ausgestellt, die einen Gesamtwert von 600 000 Mk. haben. Wertvolle Damenporträts, von ersten Künstlern gemalt, schmücken die Wände der Gemächer, in denen sich die gaffende, stauende Menge vor all dem gleißenden Firtelsanz schiebt und drängt. Soweit die Kunst hier vertreten ist, erscheint sie nur zu häufig zu einem Mittel degradiert, welches das Raffinement bis zur äußersten Möglichkeit steigern soll.

So bietet diese in ihrer Zusammenstellung einzige Schau ein Bild von dem verschwenderischen Luxus, mit dem die dezenten Damen der oberen Zehntausend ihren Leib pflegen und herrichten, um schön zu erscheinen, das heißt so, wie die oft der ärgsten Unnatur huldigenden Gesetze der Mode es vorschreiben. Was wir längst wußten, das bestätigt diese Schaustellung mit zwingender Deutlichkeit: hinter all dem blendenden Glanze und Reichtum gähnt in dem Leben der Königinnen der Gesellschaft entsetzliche Leere und Hohlheit. Wie muß es in den Köpfen und Herzen derer aussehen, die einen solchen Kultus mit

ihrer äußeren Erscheinung treiben! Hier erhält man ein Bild davon, wie eine dünne Oberschicht der Gesellschaft, Unsummen vergeudend und verprassend, mit tausend Nichtigkeiten die Zeit toitschlägt. Was leisten diese so anspruchsvoll auftretenden Damen außer dem, daß sie sich elegant anziehen, repräsentieren, toiletieren, in einigen Künsten dilettieren? Nichts. Sie sind, um ein Wort Schopenhauers anzuwenden, die überflüssigsten Luxusierchen der Welt. Sie sind in Reinkultur gezüchtete Typen des „Weibchens“.

Was weiß man in den exklusiven Kreisen dieser gesellschaftlichen Drohnen von dem licht- und freudearmen Leben der großen Masse? Haben sie ein Ohr für den Schrei der Qual, der aus der Tiefe gelst? In dieser Welt, die sich hochtrabend die „große“ nennt, und die doch so eng und kleinlich ist, glaubt man seinen sozialen Pflichten zu genügen, indem man sich an Wohltätigkeitsbasaren und -festen beteiligt und sich damit bewußt und unbewußt auf das Gebiet des höheren Humbugs begibt.

Auch die Ausstellung „Die Dame in Kunst und Mode“ drapiert sich mit dem fadenscheinigen Mäntelchen des wohlthätigen Zweckes. Sie will durchaus nicht nur ein „Zahrmart der Eitelkeit“ sein, sondern ihr „Ertrag“ soll — man denke! — den Erholungshäusern für Heimarbeiterinnen zugute kommen. „Wie edel!“ sagt die bürgerliche Presse. „Dieser Luxus hat doch auch sein Gutes; denn seine Befriedigung bringt den Heimarbeiterinnen Arbeit und bald bessere Löhne, und schließlich winkt ihnen auch Erholung nach der Arbeit!“ So findet Schmock sich in linksliberalen Blättern mit den peinlichen Gegenätzen ab, welche die äußerliche Zusammenstellung der Worte „Dame“ und „Heimarbeiterin“ unweigerlich heraufbeschwört.

Das „Interieur“ und der „Trousseau“ einer Heimarbeiterin neben den Bohrräumen und Ausstattungsgegenständen der eleganten Dame öffentlich zur Schau gestellt: schreiendere Kontraste von aufreizenderer Wirkung ließen sich nicht denken. Hier die im schwelgerischen Überfluß dahinlebende Drohne, dort die emsige aller Arbeitsbienen in einer Welt des Jammers und Glends!

Doch nicht lange mehr wird die Gesellschaft so unüberbrückbare Gegensätze in sich vereinigen. Unablässig kämpfen die arbeitenden, ausgebeuteten Massen, um sie zu überwinden. Und wenn die Dame einst zu den Kuriositäten einer längst vergangenen Zeit gehören wird, dann wird auch die birnenhafte Über- und Scheinkultur einer kleinen Zahl von reichen Nichtstuern einer wahren Kultur Platz gemacht haben, die Gemeingut aller ist.

M. Kt.

## Die Prometheusfage.

Von G. G.

(Schluß.)

Welcker (Griechische Mythologie, I, S. 760 bis 768) sagt am Anfang seines „Prometheus“: „Um den Charakter des Prometheus im Drama (des Aeschylos, der Verf.) zu fassen, ist es nötig, das Verhältnis oder die Regierung des Zeus zu würdigen. Die Regierung, durch einen Sieg im Kampfe erworben, ist eine Tyrannis, wie Kratos sie nennt. . . . Der von den Göttern besuchte Hof des Zeus und manches in der Art, wie Hephästos und Hermes ihre Aufträge ausrichten, sind seine Züge zu dem Bilde eines unverantwortlichen Selbstherrschers der Wirklichkeit.“ Hier hat Welcker den Zusammenhang geahnt und angedeutet, der zwischen der erdichteten Götterwelt und der Wirklichkeit besteht. Aber seine weiteren Ausführungen zeigen, daß er weit entfernt davon ist, den Mythos als ein Spiegelbild des Lebens aufzufassen und aus den konkreten Tatsachen heraus die Idee zu entwickeln.

Umgekehrt nimmt er wie auch Bachofen die Ideenwelt des Menschen als selbständigen, alleinbewegenden Faktor an, der bestimmend auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens, der Gebräuche und Sitten einwirkt. Welcker führt an, daß diese Mythen einen üblen Einfluß gehabt hätten auf das Verhalten der Kinder gegen die Eltern (Platon), auf die religiöse Denkart und die neueren philosophischen Schriften; daß bei

Aristophanes die Mißhandlung der Väter durch die Söhne, die häufig genug gewesen zu sein scheine, mit dem Beispiel des Zeus gerechtfertigt werde, der seinen eigenen Vater in Bande getan habe. Welcker erkennt also nicht, daß der Mythos, in dem Zeus den Vater in Bande tut, auf der einen Seite und das Betragen der Kinder gegen die Eltern, die Änderung im religiösen Denken und in der Philosophie auf der anderen Seite nicht im Kausalzusammenhang zueinander stehen, sondern die Folgen ein und derselben Ursache sind. Diese Ursache ist aber in jenen großen Umwälzungen im wirtschaftlichen Leben zu suchen, die im Laufe dieses Auffasses dargestellt wurden, und die auch die Religionen und Mythen beeinflussten, als die damaligen Formen der Ideologie. Das, was Welcker ausführt, läßt uns das eine Mal die Folgen veränderter Lebensverhältnisse in aller Wirklichkeit sehen, das andere Mal den ideellen Ausdruck dieser Veränderungen im Kopfe der Menschen.

Welcker aber kommt am Ende seiner Abhandlung zu einer rein ideologischen Erklärung des Prometheus, deren Schluß ich zitieren will: „Dem Zeus ist nun (nach dem Sturze des Uranos, der Verf.) zu huldigen als der höchsten Weisheit, der den Menschen durch Leiden Lehren zuteil werden ließ. . . . Das Leiden scheint auf Prometheus hinzudeuten. . . . Unter Zeus, dem Nachfolger des Uranos und Kronos, muß die höchste Idee verstanden werden.“

In unserer Betrachtung wurde versucht, ohne eine solche ideologische Erklärung zum Verständnis des Mythos zu kommen. Zu diesem Zwecke legten wir seine Gestaltung durch die natürlichen und sozialen Erscheinungen klar, die das Leben der Alten als Mächte beherrschten, die ihnen mehr oder weniger dunkel blieben, und mit deren Wesen sie sich in ihren Göttergestalten und Mythen auseinandersetzten. Auf diese Weise ergeben sich für uns ganz von selbst auch die Ursachen für den Bedeutungswandel der Prometheusage. Wir haben verfolgt, wie die Wandlung des Prometheus von dem als Feuererzeuger verehrten Gotte zum Revolutionär möglich wurde unter den Einwirkungen des Auflösungsprozesses des urwüchsigen Kommunismus. Wir sahen, wie unter dem Eindruck der diesen Auflösungsprozess begleitenden Kämpfe und Widersprüche, der Unterdrückung entrechteter Klassen, durch eine zum erstenmal sich bildende herrschende Klasse aus dem Feuerbringer der Feuerräuber wurde; wie in der Prometheusgestalt immer mehr der revolutionäre Drang und Trotz der Unterdrückten sich verkörperte; wie schließlich dieser Trotz gebrochen ward und die Versöhnung zwischen Revolutionär und Gewalthaber durch die Erlösung des Prometheus ihren Ausdruck fand.

#### IV.

#### Prometheus als Gott und Beschützer der Kunst und als Menschenbildner.

Ich habe schon angedeutet, daß Prometheus nicht nur als Feuererzeuger, sondern später auch als Gott und Beschützer der Künste und endlich als Menschenbildner verehrt wurde.

Die Anfänge einer Kunstfertigkeit, einer bildenden künstlerischen Betätigung stehen — wie weiter oben gezeigt wurde — im engsten Zusammenhang damit, daß der Mensch das Feuer in seine Hand bekam und sich nutzbar machte. Erst mit der Anwendung des Feuers sind die Töpfer- und Schmiedekunst entstanden, die für die Entwicklung der Bildhauerei usw. so bedeutsam werden sollten. In dem Maße, wie der Mensch die Natur sich nutzbar zu machen lernt, wie ihm durch Erfindung besserer Werkzeuge, durch Vervollkommnung der Arbeitsmittel die Arbeit, die Bewältigung des Materials immer leichter wird, wächst seine Lust und seine Fähigkeit, schöne Formen zu gestalten. Er wird nun darauf sehen, daß seine Gebrauchsgegenstände, seine Gefäße, Waffen und Werkzeuge eine gefällige Form erhalten, und er versucht, sie zu verzieren. Er schmückt seinen Hausrat, seine Waffen und seine Häuser selbst mit Ornamenten und Bildern, der Natur und seinem eigenen Leben entlehnt.

Diese schmückende Tätigkeit ist noch Hauskunst, solange jede Wirtschaftsgemeinschaft ihrem Bedürfnis danach selbst genügt. Mit der fortschreitenden Arbeitsteilung, der aufkommenden

Warenproduktion wird diese primitive Kunst von den Handwerkern übernommen. Noch weitergehende Arbeitsteilung, mit der sich die Fähigkeiten der Menschen immer mehr spezialisieren, führt dazu, daß sich von den Handwerkern die Künstler absondern.

Der Mensch beginnt nun auf seinen Gefäßen wie sich selbst, so auch seine Götter darzustellen, menschenähnlich, da er sie sich menschlich vorstellt, sie nach seinem Bilde geschaffen hat. Er formt Götterbilder aus Ton und verehrt in ihnen seine Götter. Für diese Götter oder Götterbilder errichtet er später Bauwerke, Tempel, in denen er sie aufstellen und ihre Feste feiern, ihnen opfern kann. Bei dem Bau dieser Götterwohnungen sieht er viel mehr auf Größe und Schönheit als bei dem Bau seiner eigenen Wohnstätte, und an diesen Bauten entwickelt sich die Kunst in besonders reichen Formen. Die Menschen mußten ihre Gaben und Erscheinungen immer mehr als etwas Großes und Schönes empfinden, als etwas, was ihr Leben bereicherte.

Da lag es in der Entwicklung der Dinge selbst, daß sie dem Gotte, der erst nur als Feuererzeuger und als Gott der Schmiede- und Töpferkunst verehrt wurde, dann auch als dem Gotte und Beschützer der Kunst überhaupt huldigten.

Schon bei Meschylos rühmt sich Prometheus, der Beschützer und Spender der Künste zu sein; in späteren Sagen wird dies Moment noch besonders betont, um schließlich ganz in den Vordergrund zu treten. Es war dies in jener Periode der griechischen Geschichte der Fall, in der die Kunst eine große Rolle im Leben des Volkes spielt, während die Sage des feuerbringenden revolutionären Prometheus in seinem Bewußtsein immer mehr verblaßt.

Aus der Verehrung des Prometheus als Gott der Kunst geht auch die Sage hervor, die ihn als Bildner und Schöpfer der Menschen schildert. Als solchen sehen wir ihn in späteren Zeiten besonders auf römischen Kunstwerken abgebildet.

Die Auffassung des Prometheus als Menschenbildner konnte aber erst dann aufkommen, als mit der Ablösung der kommunistischen Gentilverfassung durch den antiken Staat die ursprüngliche Verehrung der Muttergottheiten Demeter, Themis, Gaia als Gestalterinnen allen Lebens und der Menschen in die Verehrung der Vatergottheiten Zeus, Apollo überging. Die vaterrechtliche Verfassung stellt den Mann über das Weib. Der Vater, nicht mehr die Mutter nimmt im Klassenstaat die erste Stelle ein; die Rolle der Frau wird untergeordnet, und so wird auch der Vater als der Erzeuger des Lebens verehrt. Während auf den ältesten Bildwerken, die die Schaffung des Lebens und der Menschen ausdrücken, immer das weibliche Prinzip in den Vordergrund tritt,<sup>1</sup> wird erst in der späten griechischen Zeit, vor allem aber in römischen Kunstwerken der Mann als Menschenschöpfer gebildet.

Als die Römer in die Geschichte eintraten, ruhte ihre Gesellschaft auf dem Prinzip des Vaterrechts, das, wie Bachofen sagt, „außer den Gallograeci Afiens kein anderes Volk in gleich entschiedener Weise durchgebildet und festgehalten hat“. Das erklärt uns, warum die Römer dem Prometheus vor allem als Menschenbildner huldigten. Auf einem römischen Sarkophage sehen wir, wie Prometheus einen Menschen aus Ton knetet; neben ihm steht eine vollendete Tongestalt, die von Athene lebendig gemacht wird, indem sie die Psyche zu ihr herabsendet. Rechts und links ist der Kreislauf des Lebens dargestellt, die verschiedenen Lebensalter, von der Geburt bis zum Tode, und zwar in ihren Beziehungen zu bestimmten Gottheiten. Auf anderen Bildwerken wird der von Prometheus geformte Mensch nicht von Athene beseelt, sondern der Feuererzeuger und Menschenbildner selbst haucht ihm mit der Flamme die Seele ein.

Diese Auffassung kommt besonders schön zum Ausdruck in einem Kunstwerke der Antikengalerie des Fürsten Torlonia in Rom.<sup>2</sup> Es ist zweifelhaft, ob es ein spätgriechisches oder römisches Werk ist. Auf einem Sockel steht eine sieben Fuß hohe,

<sup>1</sup> Siehe hierüber Bachofen, Die drei Mysterien-Eier, Gräbersymbolik der Alten.

<sup>2</sup> Bericht von F. Lewald, „Römische Zeitung“ 1878, zitiert nach Eichhoff, Die Sage und Dichtung von Prometheus, in den Jahrbüchern für klassische Philologie und Pädagogik. 1879, zweite Abteilung.

schlanke Männergestalt, sich auf einem Fuße leicht erhebend, die beiden Arme hoch über ihrem Kopfe erhoben. Der linke, etwas gebogene Arm hält die Fackel am unteren Ende, während der noch höher gestreckte rechte Arm sie oben stützt. Das edle, charaktervolle Haupt zurückgebogen, blickt der Titan verlangend hinauf zu den Vereichen, von denen er den zündenden göttlichen Funken herniederzuführen gedenkt in die noch unvollendete Gestalt des von ihm geschaffenen Menschen, der in hermenartiger Gebundenheit, ihm kaum bis an des Schenkels Hälfte reichend, sich an seine Seite anlehnt.

Warum, so fragen wir, wird nun gerade Prometheus und nicht einer der anderen Götter zum Menschenschöpfer in jener Periode, als die Vorstellung der Erzeugung des Lebens von der Muttergottheit sich auf die Vatergottheit übertrug? Ich glaube, daß dies mit der Entwicklung der künstlerischen Tätigkeit zusammenhängt. Vor allem die Kunst der Griechen mußte zu einer solchen Auffassung des Prometheus als Menschenschöpfer hinführen. Es war ihre höchste Aufgabe geworden, den menschlich-göttlichen Körper in aller Schönheit und Vollendung wiederzugeben. Prometheus hatte den Menschen mit dem Feuer die Kultur und die geistige Entwicklung gegeben; das Feuer war den Griechen das Sinnbild der Seele, des Geistes; in dem Feueropfer verehrten sie zugleich den Spender und Beschützer der Kunst. Da lag es nahe, ihn auch als Menschenbildner zu betrachten, der dem Künstler gleich die menschliche Gestalt aus Ton formt, aber als göttlicher Künstler die Macht und Kraft hat, mit dem leuchtenden Himmelsfunken seine Geschöpfe zu beleben.

Wir haben in dieser Untersuchung verfolgt, wie die Gestalt des Prometheus lebendig in der alten Kultur steht; nicht wie eines jener starren Götterbilder, die ewig sich selbst gleich sein sollen, sondern wandlungs- und entwicklungsreich wie das Menschheitsgeschick selbst. Wir haben gesehen, wie Prometheus mit dem Geschehe jener alten Kulturen aufs engste verwachsen ist. In einem weiteren Aufsatz werde ich zeigen, wie Prometheus nicht mit den Trümmern der alten Kultur vergangen und vergessen ist, wie vielmehr in modernen Kulturen die uralte Prometheusfrage von Dichtern und anderen Künstlern wieder belebt und mit neuem Geiste erfasst und erfüllt wird.

Für unsere sozialistische Auffassung der Prometheusgestalt tritt in den Vordergrund vor allem das starke revolutionäre Element, von dem sie getragen wird, und dessen Bedeutung die bürgerlichen Schriftsteller kaum würdigen. Gemäß ihrem Klassenstandpunkt legen diese in ihren Erklärungen das Hauptgewicht immer auf das Moment der Erlösung des Prometheus, der Versöhnung oder „Harmonisierung“. Für uns aber ist die Auflehnung das bedeutungsvollste Moment der Sage. Prometheus ist uns vor allem der erste Revolutionär, den die Menschheit in ihrer Dichtung schuf. Das Revolutionäre, das die Sage enthält, hat sie für uns lebendig erhalten, so uralte sie auch ist. Der in kühnen Worten redende revolutionäre Geist des Prometheus ergreift uns daher heute so tief, wie er je ergreifen konnte, und wirkt mächtig, elementar, in frischster, lebensvoller Unmittelbarkeit auf uns ein, als schleuderte er eben jetzt erst seine stolz verächtlichen Hohnworte der knechtenden Macht entgegen.

## Die Lage der Arbeiterinnen in der Holzindustrie.

Auch in der Holzindustrie findet die Frauenarbeit von Jahr zu Jahr mehr Eingang. Je mehr die Industrie sich spezialisiert und modernisiert, je mehr beispielsweise die Teilarbeit in ihr Eingang findet, um so mehr ist die Möglichkeit zur Heranziehung der billigeren weiblichen Arbeitskräfte geschaffen. Und diesen Vorteil nützt der moderne Unternehmer natürlich soviel als möglich aus. Bei der Betriebs- und Gewerbezahlung im Jahre 1895 wurden unter 894298 in der Holzindustrie beschäftigten Arbeitern 20586 Arbeiterinnen gezählt. Diese Zahl dürfte sich seitdem zumindest verdoppelt haben.

Welch große Bedeutung die Frauenarbeit für einzelne Zweige des Holzgewerbes hat, das ersehen wir aus der soeben erschienenen Berufsstatistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes aus dem Jahre 1906.\* Diese Statistik erfaßt ein verhältnismäßig großes Gebiet der Holzindustrie. Während sich die Statistik des Jahres 1893 auf 4205 Betriebe mit 45082 Personen erstreckte, die des Jahres 1897 auf 7275 Betriebe mit 94365 Personen und die des Jahres 1902 auf 10194 Betriebe mit 143957 Personen, sind von der Statistik des Jahres 1906 15168 Betriebe mit 211450 Personen erfaßt worden. Hierunter befanden sich 10686 Arbeiterinnen, das sind 5 Prozent. Diese Ziffer ist so groß, daß aus ihr sich immerhin sichere Schlüsse auf die Lage der Arbeiterinnen in der Holzindustrie ziehen lassen.

In einigen Industrien des Holzgewerbes bildet die Frauenarbeit schon jetzt einen wichtigen Faktor. So waren nach unserer Statistik in der Bürstenmacherei 30,3 Prozent der beschäftigten Personen Arbeiterinnen, in der Korkschneiderei 25,9 Prozent, in der Spielwarenbranche 23,4 Prozent, in der Drechslerei 15,6 Prozent, in der Vergolderei 9,9 Prozent, in der Korbmacherei 6,1 Prozent, in der Pantinenmacherei 5,8 Prozent, in der Kistenmacherei 4,3 Prozent und in der Tischlerei 2,4 Prozent. In „diversen“ Berufen, worunter die Bleistiftfabriken zählen, sind sogar nicht weniger denn 34,3 Prozent der beschäftigten Personen Arbeiterinnen.

Zur besseren Übersicht lassen wir eine Tabelle folgen, welche die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung über die Lage der Arbeiterinnen zusammenfaßt. In der Zusammenstellung ist eine größere Spezialisierung der Berufe vorgenommen worden, was den Überblick sicher erleichtert.

Die Erhebung ergab dieses Bild:

Beruf	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen	auf 100 erwachsene männliche entfallende Arbeiterinnen	Durchschnittlicher Wochenverdienst						
				Korfford		Lohn		Insgesamt		
				Zahl der Personen	Mk.	Zahl der Personen	Mk.	Zahl der Personen	Mk.	
Eisler . . .	121	920	1,0	324	11,24	330	9,54	654	10,38	26,11
Musikinstrument.	55	1219	8,1	652	13,51	185	9,61	837	12,65	27,54
Mobeltischler . .	1	1	0,0	—	—	—	—	—	—	28,17
Stahlbranche . .	32	299	5,4	103	13,17	8	9,00	111	12,86	19,68
Uhrgehäuse . . .	33	513	23,9	334	9,61	148	9,64	482	9,62	20,38
Nähmaschinen . .	13	370	13,7	218	11,90	44	8,75	262	11,37	24,39
Photographische .	3	10	0,7	10	10,29	—	—	10	10,29	27,08
Parfett . . . . .	3	19	2,0	3	9,00	11	8,45	14	8,57	28,76
Harmonika . . . .	12	67	17,4	2	15,00	63	9,11	65	9,29	18,98
Holzwarenfabrik.	64	509	9,9	162	9,51	240	8,20	402	8,73	19,69
Salzstoffsabrikten.	13	58	8,0	21	14,81	15	15,53	36	15,11	26,74
Maschinenfabriken	2	2	0,0	—	—	—	—	—	—	26,32
Waggonfabriken .	1	45	0,8	42	14,20	—	—	42	14,40	27,33
Sägewerke . . . .	14	82	3,0	9	8,89	15	7,67	24	8,12	19,35
Drechsler . . . .	45	164	6,7	70	11,40	90	8,49	160	9,73	22,07
Stoßbranche . . .	37	271	17,5	35	11,29	92	9,65	127	10,10	25,71
Knopfbranche . .	39	623	33,9	313	9,21	276	7,90	589	8,60	18,46
Kammacher . . . .	37	370	36,0	147	11,24	131	10,53	278	10,91	21,85
Bürsten u. Pinsel	124	2202	50,2	1233	9,39	469	9,44	1702	9,41	18,59
Korbmacher . . . .	26	202	7,1	148	11,30	15	10,20	163	11,20	20,08
Korkschneider . .	27	202	33,5	27	11,07	131	9,82	158	10,04	18,05
Vergolter . . . . .	64	417	12,4	179	13,57	174	11,52	353	12,56	25,19
Pantinenmacher . .	6	29	6,5	9	9,33	18	8,06	27	8,48	17,38
Kistenmacher . . .	17	137	4,9	102	10,37	18	11,39	120	10,52	22,20
Spielwaren . . . .	20	238	32,8	5	10,80	10	8,70	15	9,40	16,79
Diverse . . . . .	33	1717	57,6	805	12,65	443	9,68	748	10,89	21,97
Insgesamt	842	10686	5,9	4453	11,02	2926	9,43	7379	10,39	25,16

Zur Erklärung der Tabelle sei bemerkt, daß die in ihr angegebenen Prozentzahlen nunmehr im Verhältnis zur Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter angegeben sind. Danach kommen in „diversen“ Berufen schon auf 100 erwachsene männliche Arbeiter 57,6 Arbeiterinnen, bei den Bürstenmachern 50,2, bei den Korkschneidern 38,5, bei den Kamm-

\* Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie. Stuttgart 1908. Kommissionsverlag von J. G. W. Dietz Nachf.

machern 36,0, bei den Knopfarbeitern 33,9 und bei den Spielwarenarbeitern 32,8 Arbeiterinnen. Diese Zahlen zeigen, daß in den genannten Berufen die gesamten Arbeitsverhältnisse durch die Frauenarbeit beeinflusst werden. Und zwar sicher nicht im günstigen Sinne. Sehr richtig wird darüber von dem Bearbeiter der Statistik gesagt: „Die Frau ist naturgemäß ein willfährigeres Ausbeutungsobjekt als der Mann; da ihr Verdienst meist nur einen Zuschuß zu dem des Mannes oder zu den elterlichen Haushaltungskosten darstellt, begnügt sie sich auch leichter mit einem niederen Lohn. Wenn auch ihre Arbeitskraft den männlichen Berufsgenossen nicht ganz zu verdrängen vermag, beherrscht sie doch bald einzelne Zweige der Produktion; diejenigen, die mehr Geschicklichkeit und Fingersfertigkeit wie körperliche Kraft beanspruchen.“

In einzelnen Berufszweigen sind diese Vorbedingungen in besonders hohem Maße gegeben. So ermöglicht es beispielsweise in der Nürnberger Bleistiftindustrie eine bis ins kleinste durchgeführte Arbeitsteilung in fast allen Abteilungen, weibliche Arbeitskräfte zum Teil vorzugsweise und sogar ausschließlich zu beschäftigen. Von 1820 durch die Statistik erfaßten beschäftigten Personen waren mehr als die Hälfte Arbeiterinnen. Auf 100 erwachsene männliche Arbeitskräfte entfielen 119,4 weibliche Personen. In der Bleistiftindustrie hat der Holzarbeiterverband seit Jahren schon Eingang gefunden. Ein erheblicher Teil der in ihr beschäftigten Arbeiter sind organisiert. Und obwohl gerade hier der Verband wiederholt für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse Sorge getragen hat, müssen sich die männlichen Arbeiter doch mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 19,37 Mk., die weiblichen mit einem solchen von 11,27 Mk. begnügen.

Nicht anders liegen die Verhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie, die ebenfalls in Nürnberg einen ihrer Hauptsitze hat. In dieser Stadt entfielen auf 473 erwachsene männliche Pinselmacher 675 Arbeiterinnen, das heißt auf je 100 männliche Arbeiter kommen 142,7 Arbeiterinnen. In den Betrieben der Nürnberger Pinselindustrie ist die Frauenarbeit in ständiger Zunahme begriffen; nach und nach beherrscht sie hier auch Arbeitszweige, die früher ausschließlich von Männern besetzt waren. Wohl nicht mit Unrecht wird darüber gellagt, daß dieses Eindringen der billigeren Arbeitskräfte die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse unendlich erschwere. Sind doch die Lohnverhältnisse der Bürstenmacher recht unbefriedigende. In Nürnberg ist immerhin der Durchschnittsverdienst der Pinselmacher von 20,21 Mk. im Jahre 1902 auf 22,20 Mk. in 1906, also in vier Jahren um 1,99 Mk. gestiegen. Hier hat sich die gute Organisation für die Arbeiter gelohnt. Der Gesamtdurchschnitt des Lohnes für die Arbeiterinnen erreichte in den beteiligten Betrieben die Höhe von 10,92 Mk. — Auch in anderen Branchen wird der Verdienst der männlichen Arbeiter durch die Frauenarbeit ungünstig beeinflusst, so daß die Löhne unter dem Gesamtdurchschnitt bleiben.

Von besonderem Interesse ist die Feststellung, daß die große Mehrzahl der Arbeiterinnen Akkordarbeit verrichten müssen. Die Erklärung hierfür ist sehr einfach. Der größte Teil der Arbeiterinnen wird gerade von den Berufszweigen beschäftigt, in denen die Arbeitsteilung bis ins kleinste durchgeführt ist, und die in der Folge die Akkordarbeit bevorzugen. Fast durchweg ist der Verdienst im Akkord größer wie bei Zeitlohn, für die Gesamtheit der Beteiligten übertrifft er den letzteren um 1,59 Mk. wöchentlich.

Im ganzen hat sich die Lage der Arbeiterinnen in den letzten Jahren verbessert. Ihr Durchschnittsverdienst betrug im Jahre

1897	1902	1906
8,38 Mk.	9,03 Mk.	10,39 Mk.

Prozentual ist die Lohnsteigerung um ein Geringes hinter der für die männlichen Arbeiter zurückgeblieben; für diese beträgt sie seit 1902 15,6 Prozent und seit 1897 26,2 Prozent, für die Arbeiterinnen aber nur 15,1 resp. 24 Prozent. Immerhin verdienen die erzielten Verbesserungen, die nur der Organisation zu danken sind, ernste Beachtung. Sind sie doch unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen errungen worden.

Wie ungünstig im übrigen die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen noch sind, ersehen wir, wenn wir das umfangreiche Tabellenwerk der Statistik einer näheren Durchsicht unterziehen. Es betragen die höchsten und niedrigsten Durchschnittsverdienste der Arbeiterinnen in der Tischlerei in München 19,00 Mk., Lübbenau 6,71; Musikinstrumentenbranche in Berlin 14,21, Eilenburg 7,98; Stuhlbranche in Dresden 16,42, Geringswalde 7,67; Uhrgehäusebranche in Schramberg 11,62, Freiburg i. Schl. 7,54; Nähmaschinenbranche in Berlin 17,00, Kaiserlautern 9,68; den Holzwarenfabriken in Warne-münde 11,97, Spiegelau 5,43; Sägewerken in Dachau 9,00, Selb 5,28; der Drechslerbranche in Hannover 12,50, Suhl 5,83; Stockbranche in Hamburg 12,75, Driesen 6,83; Knopfbranche in Berlin 12,27, Frankenhäusen 5,98; Kammbranche in Berlin 13,98, Bensheim 7,82; bei den Bürstenmachern in Lauf 12,55, Jauer 4,31; Korbmachern in Hamburg 16,92, Corbetha 6,33; Korfschneidern in Hamburg 10,93, Bielefeld 6,60; Bergoldern in Berlin 17,14, Amberg 8,00; Kistenmachern in Bünde 15,12, Frankenberg 7,50; Spielwarenarbeitern in Saalfeld 10,60, Grünhainichen 8,25; Diverfen in Bremen 12,92, Wurzbach 6,64 Mk.

Alles in allem genommen ist es kein erfreuliches Bild, das diese Angaben über die Lage der Arbeiterinnen in der Holzindustrie entrollen. Der Organisation bleibt noch viele Arbeit, will sie einigermaßen erträgliche Verhältnisse für die Arbeiterinnen schaffen. Und sie wird sich dieser Aufgabe mit dem größten Eifer widmen müssen, soll sich der schädliche Einfluß der Frauenarbeit oder richtiger gesagt der niedrigen Löhne der Arbeiterinnen auf das Gewerbe nicht noch mehr bemerkbar machen. E. D.

## Aufzeichnungen eines Dienstmädchens.\*

Stern werden es sechs Jahre, daß meine Eltern mir eine Stellung bei fremden Leuten suchten, um endlich einen Kostgänger los zu werden. Eine Ausstattung an Kleidern und Wäsche, wie sie sogenannte feine Herrschaften verlangen, konnten sie mir nicht geben. Mein Vater, ein Mübelfischer, war zwar tüchtig in seinem Fach, aber er litt seit Jahren an der Proletarierkrankheit, und fünf jüngere Geschwister wollten daheim versorgt sein! Da ging es natürlich knapp her.

Ich hatte in der Schule viel Talent zu Handarbeiten gezeitigt und war dafür in meinem Abgangszeugnis, das in allen Fächern „recht gut“ auswies, mit der Note 1 bedacht worden. Das veranlaßte wohl den Schneidermeister K., mich trotz meines noch recht kindlichen wie auch dürftigen Aussehens für häusliche Dienste zu mieten. Ich bekam 30 Taler pro Jahr und hatte dafür bald so ziemlich alle häuslichen Obliegenheiten wie auch die Pflege der ein-, drei- und vierjährigen Kinder allein zu übernehmen. Die Frau des Hauses mußte ihrem Manne einen Gefallen ersehen. Nicht lange dauerte es, so hatte man entdeckt, daß ich eine „sehr geschickte Hand“ hatte, und diese wiederholte, wohlberrechnete Besteuerung schmeichelte meiner kindlichen Eitelkeit. Ich setzte meinen Stolz darin, hin und wieder ein solches Lob zu ernten, und strengte deshalb meine unentwickelten, schwachen Kräfte aufs äußerste an. War schon bei uns im Hause Schmalhans stets Küchenmeister gewesen, so brauchte ich jetzt nicht aus der Gewohnheit zu kommen, nach seinem Speisezetteln zu leben. Die Ernährung in der Familie war eine sehr ungenügende, zeitweilig aus wirklichem Mangel — das Loß aller kleinen, unbemittelten Meister —, dann wieder, weil keine Zeit zum regelmäßigen ordentlichen Essenlochen verblieb. Da die Herrschaft jedoch gut zu mir war, ließ ich gern meine Kräfte bis aufs äußerste ausnutzen. Unter steter Arbeit kam das liebe Weihnachtsfest immer näher. Da wurde mir eines Tages unter großem Bedauern erklärt, die Familie könne sich kein Mädchen mehr halten. Armselig, als da ich den Dienst angetreten hatte, stand ich neun Tage vor Weihnachten auf der Straße. Ich hatte mich zu sehr auf „das schöne Weihnachtsgeschenk“ gefreut, das mir

\* Diese schlichte und doch eindringliche Schilderung ist uns aus den Kreisen der organisierten Dienstmädchen zugegangen. Sie zeichnet nicht bloß ein Stück Lebensschicksal, das sich ähnlich in vielen Tausenden von Fällen wiederholt, sie ist gleichzeitig auch ein trefflicher Gegenbeweis gegen das Gerede gewisser bürgerlicher „Dienstbotenfreunde“ von dem niedrigen Niveau der Mädchen.

bei jeder Gelegenheit versprochen worden war. Nun hatte ich weniger als nichts. Diese erste große Enttäuschung meines kindlichen Gemüts ließ die Folgen der Unternahrung und Überarbeit zum Ausbruch kommen. Sechs Wochen lang lag ich bei meinen Eltern schwerkrank danieder. Nach meiner Wiederherstellung sorgte mein Vater im Interesse meiner Gesundheit dafür, daß ich für den Sommer Stellung als Kindermädchen auf dem Lande erhielt. Mein Monatslohn betrug 7,50 Mk. Nur Beschäftigung mit den Kindern hatte es geheißen, als ich gemietet wurde, „nur Beschäftigung mit ländlicher Arbeit“, das brachte die Stellung in Wirklichkeit. Die Kinder mußten sich allein beschäftigen und behüten. Meine Krankheit, die Reife für mich und meinen Vater, als ich wieder in Dienst ging, meine Ausstattung hatten dermaßen die petuniären Kräfte meiner Eltern erschöpft, daß ich es nicht übers Herz brachte, ihnen die wahre Sachlage zu melden, und — es war gut so! Die kräftige, reichliche Kost, die ich hatte, die Arbeit in gesunder Luft und meine Energie bewirkten, daß ich Ende Oktober gekräftigt und blühend wieder zu Hause anlangte.

Der Zufall wollte es, daß ich gleich nach einigen Tagen als sogenanntes „besseres junges Mädchen“ in ein adeliges Haus zu vier Knaben kam. Ich sollte schon am ersten Tage einsehen, daß ich nur wieder ein Hungerparadies ausgesucht hatte, in dem die dienstbaren Geister — wir waren deren vier — wie in einem Taubenschlag aus und ein gingen. Fast alle acht Tage gab es einen Wechsel. Die meiner Fürsorge anvertrauten „Freiherren“ waren durch die vielen verschieden gearteten Kinderwärterinnen, in deren Obhut sie gewesen waren, und durch die unbedingte Rückenstärkung, deren sie sich in allen Fällen bei den Eltern sicher erfreuten, dermaßen verzogen und unbotmäßig, daß ich mich am 1. Januar des neuen Jahres geradezu ausgehungert bereits wieder daheim einfand. Natürlich hatte die aristokratische Familie keine Ursache gehabt, eine „unbrauchbare Person“ sonderlich zu Weihnachten zu beschenken.

Ich nähte nun einige Monate in einer ziemlich großen Schneiderstube — zirka sechzig junge Mädchen waren dort beschäftigt — und besuchte in den Abendstunden einen Zuschneiderkursus, wozu mir eine Tante das Geld geliehen hatte. Mit neuen Fertigkeiten ausgerüstet, trat ich als Jose am 1. Mai bei einem älteren Fräulein in Stellung, das arm war, aber aus altadeligem Geschlecht stammte. Von Größenwahn befallen, doch nicht bemittelt genug, um in eine „standesgemäße“ Pflegeanstalt zu gehen, wurde die kränkliche Dame, die zeitweilig an epileptischen Anfällen litt, von ihren reichen Verwandten erhalten. Ich mußte Köchin, Stubenmädchen, Jose, Schneiderin, Friseurin und oft genug auch Krankenwärterin sein. Die vornehmen Angehörigen wollten die Familienplage so wenig als möglich vor Augen haben. Deshalb schickten sie die Dame aufs Land, kaum daß ich meine ersten vierzehn Tage bei ihr diente. Dort sollten wir fünf Monate bleiben und uns „selbst beschäftigen und bedienen“. Das letztere bezog sich natürlich nur auf mich. Wir hatten in einem sehr primitiv eingerichteten Bauernhause zwei Räume mit dürftiger Ausstattung und mangelnden Bequemlichkeiten angewiesen bekommen. Bei meinem diesmöglichen Landesaufenthalt brauchte ich keine häuerliche Handtierung verrichten. Aber wie sehr oft habe ich mir die Zeit meiner Landarbeit zurückgewünscht, wenn ich nach den tausendfachen Wünschen, Befehlen und Schikanen des Tages todmüde mein Lager aufsuchte, ohne einschlafen zu können vor Sehnsucht und Grübeleien, wie ich aus dieser Hölle fortzukommen könne. Steis mußte ich mir sagen: „Du schuldest ja deiner Tante noch Geld!“ Endlich hatte ich so viel erspart, daß ich ohne Schulden da stand. Meine Qual nahm nun ein Ende — ich konnte zu meinen geliebten Angehörigen zurückkehren!

Schon immer hatte ich große Lust zum Kochen gehabt und auch viel Talent dazu gezeigt. So plante ich denn, mir ein großes Haus zu suchen, meine bereits erworbenen Kochkenntnisse mit zu verwenden, in der Hauptsache aber darauf bedacht zu sein, sie unter tüchtiger Leitung zu vervollkommen. Als Entgelt für das, was ich lernte, wollte ich ein halbes Jahr gegen geringen Lohn dienen. Am 1. Oktober trat ich denn auch in einem großen Pensionat für In- und Ausländer „als Stütze der Hausfrau“ in Stellung. Ich erhielt ein Monatsgehalt von 15 Mk. Die Leiterin des Pensionats, eine sehr tüchtige, aber auch stark geschäftlich veranlagte Dame, hatte bald bemerkt, daß ich eine brauchbare Kraft war. Schon nach etlichen Wochen überließ sie mir die ganze Küche, mein Schalten und Walten nur ergänzend, wenn besonders feine Sachen verlangt wurden, oder wenn für Extragesellschaften gelocht werden mußte. Diese anfangs nur seltenen Vorkommnisse wurden immer häufiger. Erst später kam ich dahinter, daß solche Gesellschaften des guten Verdienstes wegen stets durch unsere Dame selbst veranlaßt wurden.

Gewissenhaft und ehrgeizig wie ich war, sah ich meinen höchsten Stolz darin, allein möglichst allen Kochanforderungen gerecht zu werden, eine Tugend, welche meine Dame für sich fein in bare Münze umzusetzen verstand. Wir waren täglich ununterbrochen von morgens 6 Uhr bis abends 12 oder 1 Uhr tätig. Diese lange Arbeitszeit war die Ursache, daß — von mir abgesehen — das Hauspersonal unausgesetzt wechselte. Schon nach einigen Monaten machte sich bei mir eine allgemeine Schwäche bemerkbar, die ich jedoch tapfer niederzwang, und von der ich niemandem etwas sagte, obgleich ich täglich gefragt wurde, ob ich krank sei. Nach einer großen Verlobungsfeier, die unfreier aller Kräfte aufs äußerste angestrengt hatte, konnte ich plötzlich eines Morgens nicht aufstehen. Ich vermochte kein Glied zu rühren. Alles war bestürzt; man hatte mich gern. Am untröstlichsten war die Hausfrau. Der herbeigerufene Arzt konstatierte Nervenlähmung, hervorgerufen durch Überanstrengung und hochgradige Bleichsucht. Er veranlaßte meine sofortige Überführung ins Krankenhaus. Beim Abgang erhielt ich den bis zum Tag genau auf den Pfennig ausgerechneten Lohn. Zum Weihnachtsfest hatte sich mein Befinden noch wenig gebessert. Das Versprechen, mir Weihnachten im Krankenhaus zu beschenken, hatte meine Dame wahrscheinlich vergessen. Bis Ende April mußte ich im Krankenhaus bleiben. Dank der Empfehlung des mich behandelnden Arztes erhielt ich dann eine leichte Stellung außerhalb der Stadt; als Näh- resp. Kleinkindermädchen kam ich in eine sehr humane Patrizierfamilie. Abgesehen von den Reibereien, die in einem Haushalt mit fünf Kindern zwischen zwei und elf Jahren unvermeidlich sind, konnten wir drei Mädchen uns in keiner Weise beklagen. Aber das Unglück schien mein treuer Begleiter geworden zu sein. Kaum daß ich vier Wochen in der Familie war, so stürzte ich beim Gardinenstecken im Kinderzimmer von der obersten Stufe der schadhafsten Trittleiter herunter und brach einen Fuß. Nach drei Monaten konnte ich erst wieder ohne Stock gehen. Doch das Fußgelenk war steif geworden. Dazu stellte der Arzt Lungentuberkulose fest. Er trug Sorge, daß ich einer Lungenheilanstalt überwiesen wurde. Nach zwölfwöchigem Aufenthalt daselbst wurde ich als gut gebessert mit der Weisung entlassen, nur leichte Beschäftigung zu verrichten. Da ich möglichst viel gesunde, sauerstoffhaltige Luft atmen sollte, nahm ich das Anerbieten eines Blumenhändlers an, welcher in der Nähe meiner Eltern wohnte und mir unentgeltlich das Binden und Arrangieren von Blumen lernen wollte. Im ersten Monat sollte ich überdies 6 Mk., im zweiten 10, im dritten 12 und später 15 Mk. pro Woche erhalten. Ich erlangte verhältnismäßig schnell eine gewisse Fixigkeit in meinem neuen Beruf und freute mich dessen, da Blumen stets meine größte Liebhaberei gewesen waren. Wie ein Blitz aus heitrem Himmel traf mich die Benachrichtigung, daß mein Prinzipal, ein sehr gerecht denkender Mann, nicht mehr imstande sei, eine Binderin zu halten. Der Hauptkunde des Geschäfts, für den wir fast ausschließlich arbeiteten, hatte plötzlich seine Zahlungen eingestellt. Um dieselbe Zeit war meine Mutter schwer an Influenza erkrankt. Am zweiten Weihnachtstag trat Lungenentzündung dazu, und am Neujahrstag mußten wir unser Bestes in die Erde senken. Eine fürchterliche Nutzlosigkeit wollte mich schier erdrücken, doch ein Blick auf meine jüngeren Geschwister, von denen vier noch schulpflichtig waren, und auf meinen in drei Tagen fast weiß gewordenen Vater ließ mich alle Kraft zusammenraffen. Ich nahm die Zügel der Hauswirtschaft in die Hand und bemühte mich, so gut ich es vermochte, unser liebes Mütterchen zu erlösen. Trotzdem wollte keine rechte Lebensfreude wieder in unseren kleinen Familienkreis einziehen. Die Mutter fehlte überall. Am meisten bekümmerte mich der Vater. Von jeher wortkarg, sprach er jetzt kaum noch, wenn wir um den Tisch versammelt waren. Jedes von uns sah voll Trauer und Sorge auf den gebrochenen Mann, der uns förmlich vor den Augen dahinschwand. Eines Tages sagte ich mir ein Herz und holte ohne seine Einwilligung — er hätte sie nie gegeben — einen Arzt, den ich von allem unterrichtete. Nachdem er den Vater gründlich untersucht hatte, verordnete er Schonung und gute Pflege. Der Vater beantwortete das mit einem resignierten: „Es ist nicht mehr nötig, Herr Doktor.“ Der Arzt hatte mich in seine Sprechstunde bestellt. Er eröffnete mir ohne Umschweife, daß unser Vater hochgradig schwindsüchtig sei, und daß die Entbehrungen der langen Jahre und der Gram über den Tod der Mutter den Krankheitsprozeß noch beschleunigt hätten. Der Vater könne höchstens noch einige Monate leben. Wenn vor seinem Tode Familienangelegenheiten zu regeln seien, möge ich ihn veranlassen, das bald zu tun.

Oftern gingen wir sechs elternlose Waisen hinaus auf den Friedhof und weinten unseren grenzenlosen Harm an den Gräbern der Eltern aus. Uns namenlos verlassen fühlend, lehrten wir in unser vereinsamtes Heim zurück, um ein Leben weiterzuführen, das uns

beiden ältesten Geschwistern zwecklos dünkte. Zwei der jüngeren Geschwister waren bei Verwandten und zwei im Waisenhaus untergebracht worden. Meine Schwester und ich suchten uns wieder Stellung. Das Hausgerät wurde verkauft. Wir hatten keine Heimat mehr. Als ich wieder unter Fremden und für Fremde arbeitete, wurde ich mit einer mutterlosen Waise bekannt, die mit mir im gleichen Hause diente. Unser gleiches Schicksal führte schnell unsere Herzen zusammen. Heute, nach bald zwei Jahren, ist mir diese Schicksalsgenossin Freundin, Vater und Mutter, kurz alles geworden. Ihr verdanke ich auch, daß ich seit fast anderthalb Jahren Mitglied des Hamburger Dienstbotenvereins bin, von dessen Existenz ich bis dahin keine Ahnung hatte. Das Band der Liebe und der gleichen Interessen, das Zusammengehörigkeitsgefühl, das uns Mitglieder zusammenhält — der Verein zählt deren bereits mehrere Tausend —, läßt mich oft beschämt an die verstrichene Zeit zurückdenken, als mir mein Leben zwecklos vorkam, als ich mich für überflüssig hielt, weil ich allein dand und nicht einmal meinen kleinen Geschwistern Helferin und Erzieherin sein konnte. Voll eifriger Lernbegierde habe ich ausgiebig die unseren Vereinsmitgliedern zu freier Benutzung offenstehende Bibliothek des Gewerkschaftskartells benützt. Je mehr ich mich in die Lehren unserer Weltanschauung, des Sozialismus, vertiefe, um so glühender wird in mir der Wunsch, in erster Linie meinen armen gedrückten Mitschwestern zu helfen. Seit kurzem bin ich auch Mitglied der sozialdemokratischen Partei geworden. Leider muß ich das alles vor meiner Dame verheimlichen. Wenn diese von meinen Ansichten und Bestrebungen etwas wüßte, so würde sie sich, streng kirchengläubig wie sie ist, ehrlich um mich, das verlorene Schäflein, härmern. Da ich aber sehr großes Vertrauen und viel Freiheit bei ihr genieße, fällt es mir nicht schwer, zu tun, was ich für Pflicht halte. Meine größte Freude finde ich darin, unserem Verein neue Mitglieder zu gewinnen. Ich sehe ein Ziel vor mir, dem ich begeistert diene.

Darum sage ich trotz aller Trauer und Bitternisse: „Das Leben ist doch schön!“  
Ein Hamburger Dienstmädchen.

## Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** Über das Thema: „500 Millionen neue Steuern“ referierte in der letzten Hälfte des Dezember die Unterzeichnete in Versammlungen zu Teuchern (Altenburg) und Hartha (Sachsen), die von den Parteiorganisationen einberufen worden und trotz des nahen Weihnachtsfestes außerordentlich gut besucht waren. Das gilt namentlich von der in Teuchern, wo Bergarbeiter als Versammlungsbefucher in Frage kamen. Ein Zechenbesitzer hatte am Tage der Versammlung eine Christbescherung veranstaltet, zu der die Bergarbeiterfamilien eingeladen worden waren. Anscheinend sind sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, die der Einladung folgten, noch nicht darüber klar, daß eine solche Weihnachtsbescherung nichts weiter ist als ein Almosen, das ihnen von ihrem Ausbeuter gegeben, von ihnen selbst aber bezahlt wird. Die Versammelten gedachten der 367 in Radbod getöteten Brüder und traten in großer Zahl der Organisation bei, um mit ihrer Hilfe zu erlärmpfen, was schon die Toten gefordert haben. Die Versammlung in Hartha galt hauptsächlich den Tabakarbeitern, von denen aber leider nur wenige erschienen. Das ist um so bedauerlicher, als die Heimarbeit als Frauen- und Kinderarbeit in der Tabakindustrie am Orte in voller Blüte stehen. Über „Die Wirtschaftskrisen und ihre Folgen“ referierte die Unterzeichnete in einer Versammlung für den Fabrikarbeiterverband zu Riesa, an der erfreulicherweise viele Arbeiterinnen der Zündhölzlerfabrik teilnahmen, und in einer Versammlung für den Textilarbeiterverband in Weigsdorf-Kunerswalde, deren Besuch zu wünschen übrig ließ. Die Krise zeitigt in diesen Orten wie allerwärts ihre Folgen: Arbeitszeiterkürzung und Lohnabzüge sind an der Tagesordnung. Im Januar d. J. fanden für die Fabrikarbeiter in Gauernitz und Köditz (Koswig) Versammlungen statt, für die Textilarbeiter in Oppach und für die Blumenarbeiter in Dresden und Mügeln. Außergewöhnlich gut besucht war eine Versammlung in Witterfeld, die das Gewerkschaftskartell einberufen hatte. Nach der Versammlung in Oppach, die trotz eines Schneesturmes überfüllt war, versuchte ein Reichsverbändler, Herr Sch., die Debatte in der Gaststube fortzusetzen und die anwesenden Textilarbeiter wie die Referentin zu provozieren. Als ihm das nicht gelang, wandte er sich in fast regelhafter Weise an den Gemeindevorstand und verlangte von ihm, daß er ihm über Sachen Rede und Antwort stehen solle, deren Erörterung in die Amtsstube gehört. Wiederholt wurde er vom Wirt aufgefordert, sich ruhig zu verhalten oder das Lokal zu

verlassen. Was wäre einem Arbeiter geschehen, der das nicht in der Trunkenheit, sondern in der Erregung getan hätte! In sehr gut besuchten Versammlungen zu Radeberg und Meßen, die von den Parteiorganisationen einberufen worden und sehr gut besucht waren, lautete das Thema: „Was bringt uns die Zukunft?“ Die Versammlungen hatten sämtlich agitatorischen Wert und werden ihre Wirkung nicht verfehlen. Marie Backwig.

Im Auftrag der Bezirksleitung für den Niederrhein sprach die Unterzeichnete kürzlich in folgenden Orten: Essen-West, Schonnebeck, Mülheim (Ruhr), Bruchhausen, Herdecke, Gevelsberg, Ohligs, Eibersfeld, Mangenberg, Wohnwinkel, Hochheide, Krefeld, Benrath, Düsseldorf, Barmen. Sämtliche Versammlungen waren gut, viele sogar glänzend besucht und brachten allerorts einen guten Zuwachs an Mitgliedern. In Hochheide zum Beispiel wurden 92, in Bruchhausen einige 60 Personen gewonnen, so daß die Tour den Parteiorganisationen einige hundert neuer Mitglieder brachte, darunter recht viele Frauen. Bei der rührigen Agitation, die von der Bezirksleitung der Partei am Niederrhein unausgesetzt betrieben wird, kann es nicht fehlen, daß es dort mit der Frauen- sowie mit der Gesamtbewegung rüstig vorwärts geht. L. Z.

Auf Veranlassung der Leitung des Wahlkreises Wanzleben referierte die Unterzeichnete in öffentlichen Frauenversammlungen zu Groß-Otterleben, Klein-Otterleben, Lenzdorf, Diesdorf und Hohendodeleben über das Thema: „Arbeiterfrauen und Sozialdemokratie“. Der Besuch der Versammlungen war zufriedenstellend, in Hohendodeleben war er besonders gut. 80 Frauen zeigten durch ihren Beitritt zu der Parteiorganisation, daß sie nicht länger dem politischen Leben fernstehen wollen. Hoffentlich gelingt es der fleißigen Agitation der Genossen und Genossinnen, an diesen Orten der Partei mehr und mehr Mitglieder zuzuführen. Minna Bollmann.

Im Wahlkreis Hanau-Bockenheim-Gelnhausen-Orb setzt nunmehr die Frauenbewegung auch mit gutem Erfolg ein. Bereits im vorigen Jahre schlossen sich in einigen Orten desselben eine Anzahl Genossinnen der Parteiorganisation an. So in Hanau, wo der sozialdemokratische Verein am Jahreschluss 1908 rund 150 Frauen als Mitglieder zählte. In Bockenheim traten der politischen Organisation am 1. Januar d. J. 35 Frauen bei, welche bis dahin dem Frankfurter Frauen- und Mädchenbildungsverein angehört hatten. Um die sozialistischen Ideen in weitere Frauenkreise zu tragen, hatte der Kreiswahlverein Genossin Weyl-Berlin für eine zehntägige Agitationstour gewonnen. Genossin Weyl referierte Ende Januar in zwölf öffentlichen Frauenversammlungen über das Thema: „Die Frau im politischen Kampfe“. Die Versammlungen erfreuten sich durchweg eines guten Besuchs, und die vortrefflichen Ausführungen der Referentin fanden überall einen guten Anhang. Das praktische Resultat der Agitation bestand darin, daß 310 Frauen als Mitglieder für die Parteiorganisation gewonnen wurden. Die Aufnahmen verteilten sich auf folgende Orte: Bischofsheim 31, Bockenheim 47, Dörnigheim 38, Eckenheim 11, Fachsenheim 15, Ginnheim 8, Großhausen 23, Hanau 28, Kesselstadt 12, Langendiebach 42, Mittel- und Wachenbuchen 23, Rückingen 31. In den Versammlungen traten außerdem auch Männer dem Wahlverein bei, und die Arbeiterpresse fand neue Abonnenten. Der Grundbeitrag beträgt für die Frauen pro Woche 5 Pf. (in Hanau werden pro Woche 6 Pf., in Bockenheim pro Monat 30 Pf. erhoben), die „Gleichheit“ ist obligatorisch eingeführt und wird den Frauen gratis gestellt. Es gehören nunmehr in 16 Orten unseres Wahlkreises insgesamt 542 Frauen der politischen Organisation an. Für den Kreis kommen — von einigen Ausnahmen abgesehen — durchweg ländliche Ortschaften in Betracht. Das wird die Genossinnen und Genossen nicht hindern, unermüdet weiterzuarbeiten, um in nächster Zukunft neue Fortschritte zu erzielen. R. D.

Am 27. Januar fand in Breslau eine gut besuchte öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Beyer-Leipzig über das Thema sprach: „Die Frau im wirtschaftlichen und politischen Leben“. Der Referent erörterte unter anderem auch im Verlauf seiner Ausführungen, wie sich die verschiedenen politischen Parteien zu den Forderungen der Frauen verhalten. Dabei zeigte sich klar, daß nur die Sozialdemokratie, die Todfeindin der bestehenden Gesellschaftsordnung, für die Forderungen der Proletarierinnen kämpft. Daß die anwesenden Frauen mit dem Vortrag einverstanden waren, bewies der am Schlusse gespendete Beifall. Leider können sich die Breslauer Frauen fast nie dazu entschließen, in eine Diskussion über einen Vortrag einzutreten. Auch diesmal wieder war das der Fall. Genossin Mauschenfels gab bekannt, daß von jetzt ab regelmäßig jeden Monat eine

öffentliche Frauenversammlung stattfindet, die möglichst schon um 10 Uhr beendet sein soll, damit viele Frauen imstande sind, sie zu besuchen. Auch auf die in Aussicht genommene Agitation für die „Gleichheit“ ward aufmerksam gemacht, und die Genossinnen wurden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß bald die Zahl der „Gleichheit“-Leserinnen wenigstens mit der Zahl der weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins harmonisiert, die schon das fünfte Hundert erreicht hat. Zum Schluß erfolgte noch ein Hinweis auf die jetzt stattfindenden unentgeltlichen Fischkochkurse, zu denen der Magistrat die sieben Breslauer Kochschulen sowie die dazu nötigen Materialien kostenfrei zur Verfügung stellt. Auch ist es den an den Kursen teilnehmenden Frauen gestattet, die Gerichte nach sachgemäßer Zubereitung mit nach Hause zu nehmen. Zu den Kursen, die am 3. Februar ihren Anfang genommen haben, waren bis zum Tage der Versammlung bereits über 1200 Anmeldungen eingegangen, die der Reihenfolge des Eingangs nach Berücksichtigung finden. In einem Kursus können gleichzeitig 220 Frauen praktische Anleitung erhalten. Jede Frau erhält unentgeltlich ein kleines Kochbuch, in dem die Zusammenstellung von Fisch- und Gemüsegerichten angegeben ist. Rfls.

Am 11. Februar fand in Stettin eine öffentliche Frauenversammlung statt, die den Zweck hatte, den proletarischen Frauen die Notwendigkeit ihrer politischen Organisierung klar zu machen und sie dem Wahlverein zuzuführen. Genossin Zieh-Berlin referierte über das Thema: „Die Frau im politischen Kampfe“. In überzeugender Weise bewies sie, daß die Frauen großes Interesse am politischen Leben haben müssen. Sie machte darauf aufmerksam, daß die Proletarierinnen heute meist gezwungen sind, für den Lebensunterhalt der Familie mitzuarbeiten und weit mehr noch als der Mann kapitalistisch ausgebeutet werden. Um gegen diese Ausnutzung anzukämpfen, die nicht vor der Gesundheit und dem Leben des Arbeitenden Halt macht, wie die Unfallstatistik am treffendsten beweist, um Brot und Freiheit für die Hungernden und Rechtlosen zu erobern, wäre der Zusammenschluß der Ausgebeuteten unbedingt erforderlich. Mit stürmischem Beifall dankten die Anwesenden der Referentin für ihre vortrefflichen Ausführungen. Nach dem Referat fand eine Pause statt, in der viele Genossinnen und Genossen unter den Zuhörern Mitglieder für die Partei warben. Das Resultat war überraschend: 100 Frauen traten ihr bei. Als die Versammlungsleiterin, Genossin Horn, vor der Eröffnung der Diskussion das Ergebnis bekannt gab, erschallte ein allgemeines Bravo. Nachdem Genossin Horn in der Debatte gesprochen hatte, ermahnte Genossin Zieh die Neuaufgenommenen in ihrem Schlußwort, treue und werbende Mitglieder der Partei zu werden und zu bleiben. Mit einem brausenden Hoch auf das freie Wahlrecht wurde die prächtige Versammlung geschlossen. Berta Horn.

**Jahresbericht über die Tätigkeit der politisch organisierten Frauen in Stuttgart.** Über die Mittel und Wege, die Frauenbewegung in Fluß zu bringen, berieten im März vorigen Jahres die weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins in einer besonderen Sitzung, welche dessen Vorsitzender einberufen hatte. Nach einem kurzen einleitenden Referat von Genossin Dunder und eingehenden Erörterungen wurde beschlossen, Flugblätter zu verteilen und öffentliche Versammlungen zu veranstalten. In drei solchen gut besuchten Versammlungen referierten die Genossinnen Dunder, Grünberg und Fahrenwald und führten der Partei durch ihre wirksamen Ausführungen weibliche Mitglieder zu. Eine geschlossene Versammlung der politisch organisierten Frauen nahm Stellung zur Nürnberger Konferenz der Genossinnen und delegierte Genossin Müller zu ihr, die später in einer zweiten solchen Zusammenkunft Bericht von der Konferenz erstattete. — Unter Genossin Dunders Leitung wurden für die Genossinnen besondere Diskussionsabende abgehalten, die im Sommer alle vier Wochen, im Winter alle vierzehn Tage stattfanden. An den ersten Abenden wurden die grundsätzlichen und taktischen Unterschiede zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Frauenbewegung erörtert. Später wurde die Tagesordnung der Nürnberger Frauenkonferenz sehr lebhaft debattiert. Dann kamen die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung zur Erörterung. Seither ist das sozialdemokratische Programm Gegenstand der Besprechung und wird uns jedenfalls den ganzen Winter beschäftigen. Die Genossinnen arbeiteten fleißig, um auch in Stuttgart mit Unterstützung der Arbeiterorganisationen eine Dienstbotenbewegung ins Leben zu rufen. Durch Versammlungen, Flugblattverteilungen und Hausagitation wurden die Dienenden ausgerüstet. Eine Dienstbotenorganisation konnte konstituiert werden, die durch Genossin Vorhölzer auf der Berliner Konferenz zur Gründung des Zentralverbandes der Hausangestellten vertreten war. In einem Zirkular forderte die Vertrauensperson die Frauen der in der Partei

und Gewerkschaft tätigen Genossen auf, soweit sie noch nicht politisch organisiert seien, der Sozialdemokratie als Mitglieder beizutreten. Der Erfolg war jedoch leider ein äußerst geringer, und die Äußerungen, welche die Genossinnen beim Abholen der Beitrittsformulare zu hören bekamen, waren charakteristisch für die spießbürgerlichen Anschauungen, welche noch in manchen Frauenköpfen herrschen. Der greifbare Erfolg, den die Genossinnen mit ihrer Arbeit des ganzen Jahres erzielten, besteht in 53 neu gewonnenen weiblichen Parteimitgliedern. Die Zahl der politisch organisierten Frauen ist von 77 auf 130 gestiegen. Die letzte Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Stuttgart, die Anfang Februar stattgefunden hat, beschloß, daß eine Genossin zu den internen Beratungen der Vereinsleitung hinzuzuziehen sei. Dadurch wird ein besseres, systematischeres Arbeiten Hand in Hand mit den Genossen möglich werden. Ein Antrag, den Beitrag der weiblichen Mitglieder von 30 Pf. auf 20 Pf. herabzusetzen und dafür die „Gleichheit“ nicht mehr obligatorisch zu liefern, wurde abgelehnt. Die Stuttgarter Genossinnen haben bei ihrer Verbearbeitung unter den Frauen des werktätigen Volkes mancherlei Hindernisse zu überwinden, an deren Vorhandensein man in einer Großstadt kaum denken sollte. Die industrielle Entwicklung Württembergs hat verhältnismäßig spät eingesetzt, und ein großer Teil des Proletariats kommt aus bäuerlichen oder kleinbürgerlichen Verhältnissen. Die Folge davon ist, daß bürgerliche, rückständige Anschauungen, zumal in dem Fühlen und Denken der Frauen, festgewurzelt sind. Die Volksschulverhältnisse sind traurig, und gerade in Stuttgart stehen viele Frauen im Banne eines mächtigen protestantischen Muckerturns. So liegt ein großes Brachfeld vor den Genossinnen und fordert intensive Arbeit von ihnen. Mit neuen Hoffnungen und frischem Mute nehmen sie diese Arbeit auf. Vorwärts! L. M.

#### Schützt die Kinder vor Ausbeutung.

Genossinnen, wir erinnern euch an die Beschlüsse der Frauenkonferenzen in Bremen und Mannheim, sowie an den Beschluß des Mannheimer Parteitags, die euch die Pflicht auferlegten, über die Beachtung und Durchführung des Kinderschutzes nach besten Kräften zu wachen. Wo von den bestehenden Partei- und Gewerkschaftsorganisationen Kinderschuttkommissionen gegründet sind und gegründet werden, ist deren Wirksamkeit auf das nachdrücklichste von euch zu unterstützen, indem ihren Mitgliedern Mitteilung zu machen ist, wo die gesetzwidrige Beschäftigung von Kindern beobachtet wurde. Um feststellen zu können, wann und wo solche Gesetzesübertretungen erfolgen, ist es notwendig, daß unsere Genossinnen sich die wichtigsten Bestimmungen des Kinderschutzes einprägen. Außerdem wäre es ratsam, wenn unsere Genossinnen im Einverständnis mit der örtlichen Parteileitung sich in ihren Diskussions- und Lesabenden mit der Frage der Kinderarbeit und des gesetzlichen Kinderschutzes beschäftigen würden.

Die Broschüre von Genossin Käthe Dunder: „Die Kindererwerbsarbeit und ihre Bekämpfung“, die in jeder Parteibuchhandlung zum Preise von 40 Pf. zu haben ist, eignet sich vorzüglich als Grundlage der Diskussion. Sie macht die Genossinnen mit dem geltenden Recht in dieser Frage vertraut und gibt ihnen vollständige Klarheit über die schädlichen Folgen, welche die Erwerbsarbeit der Kinder sowohl in bezug auf die körperliche und geistige als auch in bezug auf die Charakterentwicklung der Jugend zeitigt. Dazu kommt noch, daß die ausgebeutete Kinderarbeit, die Innigkeit des Familienlebens zerstört und den Erwachsenen Schmutzkonzurrenz macht; die Kinder werden zu Lohn-drückern der Eltern.

Haben unsere Genossinnen selbst all diese Schäden klar erkannt, so sind sie auch befähigt, die gewonnene Erkenntnis weiteren Kreisen zu vermitteln, und zwar sowohl durch die öffentliche als auch durch die persönliche Agitation. Damit aber lösen sie eine uns obliegende Aufgabe: die öffentliche Meinung in steigendem Maße gegen die Kinderarbeit aufzustacheln.

Wir fassen zum Schluß nochmals zusammen, was Pflicht unserer Genossinnen in dieser wichtigen Sache ist.

1. Dort wo von den örtlichen Organisationen des Proletariats Kinderschuttkommissionen gegründet werden, denen Frauen als Mitglieder angehören sollen, diesen Vertrauensposten anzunehmen und mit Eifer und Gewissenhaftigkeit des übertragenen Amtes zu walten.

2. Allerorts die bestehenden Kinderschuttkommissionen in der oben angegebenen Weise energisch zu unterstützen.

3. Sich selbst zu informieren über das Wesen und die Folgen der Kindererwerbsarbeit, sowie über das Kinderschutzesgesetz und die so gesammelten Kenntnisse immer größeren Kreisen zu vermitteln. Arbeiten die Genossinnen überall in dieser Weise, unterstützen sie

dadurch wirksam die organisatorischen Einrichtungen von Partei und Gewerkschaften, so werden sie eine überaus segensreiche Arbeit leisten zum Wohl der proletarischen Kinder und damit zum Nutzen des proletarischen Befreiungskampfes.

### Politische Rundschau.

Das Schicksal der Reichsfinanzreform ist noch immer unentschieden. Mehrfache Anzeichen deuten zwar darauf hin, daß die Reichsregierung sich schließlich mit den Konservativen über die neuen Steuern auf Kosten des Volkes einigen wird. Wie aber das Kompromiß ausschauen wird, und ob es die Nachlaststeuer wenigstens in verstümmelter Form enthalten soll oder irgend eine andere Steuer, die die Besitzenden trifft, das ist noch nicht zu erkennen. Vorläufig sehen die Junker mit Eifer und Lungenkraft ihren Feldzug gegen die Nachlaststeuer fort. Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats, die am 17. Februar begann, wurden von den Schwerin-Löwit, den Oldenburg-Januschau und anderen agrarischen Kämpen schon recht kräftige Töne angeschlagen, die sich bis zu dem am 22. Februar tagenden Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch noch erheblich vergrößern werden. Es wird ein wildes Wüten geben, denn es ist nicht leicht, das zu überbieten, was im Landwirtschaftsrat geleistet worden ist an gehässigen Ausfällen gegen das gleiche Wahlrecht im Reich, an grimmigen Anklagen wider „die Auslieferung des Portemonnaies der Besitzenden an die Nichtbesitzenden“, wider die „Enteignung“, wider die „Verwirklichung des Sozialismus“ und wie die demagogischen, verlogenen Schlagworte noch heißen mögen. Und das alles, trotzdem Bülow auf dem Festessen der junkerlichen Gesellschaft seinen devotesten Bückling gemacht und abermals beteuert hat, daß er agrarisch bis in die Knochen ist. Indes, nach der agrarischen Woche wird schließlich doch noch eine Vereinbarung zustande kommen, und der Theaterdonner, den die Welt jetzt zu hören bekommt, dient lediglich dazu, die Unterhändler der Regierung und des Blockfreinns müde zu machen für recht große Zugeständnisse an die Junker.

Bülow hat in seiner Rede auf dem Festessen des Landwirtschaftsrats auch die Festigung erwähnt, die der Weltfriede durch den Besuch des Königs von England in Berlin erfahren hat. Es gehört zu dem hergebrachten Zeremoniell, solchen Fürstenbegegnungen allerlei wunderbare Wirkungen zuzuschreiben, und die bürgerliche Presse ist natürlich trotz aller anfänglichen Zurückhaltung schließlich in der Festimmung auch in die übliche Salbaderei verfallen. Welch geringe Bedeutung Eduards Besuch in Wirklichkeit hatte, das geht schon aus der einen bedeutsamen Tatsache hervor, daß England diesmal seinen dreimal abgewiesenen Versuch gar nicht erst wiederholt, Deutschland zu einem Abkommen auf Einschränkung der Flottenrüstungen zu bewegen. Von beiden Staaten wird eifrig weitergebaut, und der Friede zwischen ihnen hängt nach wie vor zu einem großen Teile von der Wachsamkeit der Arbeiterklasse diesseits und jenseits des Armeekanal, die entschlossen ist, jeder Gefährdung des Friedens durch die Beutegier der herrschenden Klassen energisch entgegenzutreten.

Für die Steuerzahler von Berlin bedeutete der Königsbesuch eine Ausgabe von 60 000 Mk. Der Freisinn der Stadterordnetenversammlung bewilligte sie zur Ausschmückung der Einzugsstraßen, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, die ihrer Überzeugung gemäß in Eduard nicht den Vertreter des englischen Volkes, sondern nur der ausbeutenden und herrschenden Klassen Großbritanniens erblickt. Die höfisch byzantinische Ausgabe in einer Zeit bitterster Arbeitslosigkeit muß gewißlich aufreizend auf die darbenenden Massen wirken. Und so ist es erklärlich, daß bei den spontanen Demonstrationen, mit denen am Tage des Einzugs mehrere Arbeitslosenversammlungen ihren Abschluß fanden, einige Teilnehmer den Festschmuck etlicher Läden und Omnibusse herabrissen, der ihnen eine Verhöhnung ihres schwarzen Glends dünkte. Die Ordnungspresse schrie natürlich entrüstet auf, als ob es Mord und Totschlag gegeben hätte. Selbst Organe wie das „Berliner Tageblatt“, die sich in diesem Jahre dazu aufgerafft hatten, die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen zu begünstigen, kriegten Anfälle von Wohlansständigkeit und fielen die Sozialdemokratie in geradezu blöder Weise wegen „Störung der Einzugsfeierlichkeiten“ an. Wie entsetzlich mußte es auch auf gut bürgerliche Nerven fallen, die sich eben an höfischem Weihrauch herauslachten, daß Straßendemonstrationen unvorbereitet, elementar aus dem proletarischen Klassenempfinden heraus entstanden waren! Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht wechselten mit der Forderung: Fort mit Bülow, das „Heil dir im Siegerkranz“ der Militärmusik wurde durch den Gesang von Arbeiterliedern beantwortet, und auf dem Friedhof der

Märzgefallenen hielten ungenannte und unbekannte Proletarier zündende Ansprachen an die Menge. Die bürgerliche Welt wurde daran gemahnt, daß die Arbeitslosen, trotz allen Jammers ihrer Lage, Wein vom Wein und Fleisch vom Fleisch des kämpfenden Proletariats bleiben.

Nicht ganz so fassungslos waren die ob der Arbeitslosendemonstrationen entrüsteten Blätter, als das furchtbare Resultat herauskam, daß die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften veranstaltete Hauszählung der Arbeitslosen Groß-Berlins ergab. Hier wären die Entsetzensausbrüche der Ordnungspresse besser angebracht gewesen, als bei den nicht welterschütternden Handlungen einzelner verzweifelter Arbeitsloser. Denn 101 300 Erwerbslose ergab diese Zählung in Berlin und seinen Vororten. Eine graufige Anklage gegen die zur Unvernunft gewordene Gesellschaftsordnung des Kapitalismus, gegen die ungenügende, zögernd und widerwillig geleistete Hilfe des Staats und der Gemeinden! Die schreckliche Zahl bedeutet, daß ungefähr jeder sechste Berliner Arbeiter ohne Einkommen ist, und das mitten im Winter und in der Zeit unerschwinglicher Lebensmittelpreise, die durch Zölle und Steuern künstlich hochgetrieben worden sind. Was bedeutet das anders, als daß Hunderttausende die Gefahr vor sich sehen, der Obdachlosigkeit und dem Hunger zu verfallen. Und das geschieht in einer Stadt, wo gleichzeitig die oberen Zehntausend von Vergnügen zu Vergnügen eilen, einen wahn sinnigen Luxus entsalten! Und solches ungeheure Massenelend entspringt aus dem Überfluß an dem, was alle die Darbenenden und Frierenden entbehren! Fürwahr, die Krise erhärtet mit furchtbaren Zeugnissen, wie recht das Programm der deutschen Sozialdemokratie hat, wenn es sagt, daß die Krisen „den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung“. Die Ordnungspresse aber hat angesichts dieser erschütternden Feststellungen nichts Besseres zu tun, als das Ergebnis der sorgfältigen Aufnahme anzuzweifeln und zu distrobütieren, an der 60 000 Zähler aus der Groß-Berliner Arbeiterschaft mitgewirkt haben, ein imponantes Heer, das von der Arbeitsfreudigkeit, Opferwilligkeit und Reife des Proletariats redet.

Die Arbeiterfürsorge, die die Regierungen und die bürgerlichen Parteien belieben, zeigt sich in klassischer Weise in der Novelle zum Verggeseh, die dem preussischen Landtag zugeht. Den Verggleuten wird der unabhängige Arbeiterkontrollleur verweigert und statt dessen ein machtloser sogenannter „Sicherheitsmann“ eingeführt, der stets von der Maßregelung durch die Zechenbesitzer bedroht ist. Bei der Verhandlung des Dreiklassenhauses über den Entwurf akzeptierten sämtliche bürgerliche Parteien, einschließlich des angeblich arbeiterfreundlichen Zentrums und des Freisinn, den ebenso schamlosen als unverschämten sozialpolitischen Humbug, oder erklärten ihn zumindest für eine „geeignete Grundlage“ des Bergarbeiterschutzes. Minister Delbrück plauderte dabei ganz unbefangen aus, daß für die Regierung und die Ordnungsparteien die Frage, wie die Verggleute am besten zu schützen sind, zurücktritt hinter der anderen Frage, ob die dazu nötigen Maßregeln nicht etwa der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft nützen, die Herrschaft der Bergherren erschüttern können. Der Minister empfahl schließlich seinen Entwurf mit der Begründung, er werde dahin wirken, die Verggleute von der Sozialdemokratie abzulösen oder vor ihr zu bewahren! Das ist der Gesichtspunkt, der für die Regierung und die Ordnungsparteien der entscheidende ist. Von derselben Tendenz ist die „Reform“ der Arbeiterversicherung im Reich getragen, die im Werden ist. Der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg gab im Reichstag offiziell zu, daß den Arbeitern die Selbstverwaltung in den Krankenkassen genommen werden soll. Wir berichten über das geplante Attentat an anderer Stelle ausführlich.

Für die großen Verbreiterungsarbeiten am Nordostsekanal, die demnächst beginnen, hat das Kanalamt Vorschriften erlassen, die die Anwerbung deutscher Arbeiter möglichst erschweren und die ausländischen Arbeiter begünstigen. Der ausgesprochene Zweck der „patriotischen“ Maßregel ist, den Großgrundbesitzern und industriellen Unternehmern billige Arbeitskräfte zu erhalten. Und das geschieht in einer Zeit umfangreichster Arbeitslosigkeit samt ihren unheilvollen Folgen und unter rücksichtslosem Bruch aller Versprechungen, die bei der Beratung der Kanalvorlage der damalige Staatssekretär Graf Posadowsky auf die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gemacht hat!

Die reaktionäre Mehrheit des preussischen Dreiklassenhauses hat sich den schurkischen Plan des Freisinn nicht versagt, der Sozialdemokratie vier von ihren sieben Mandaten abzuneh-

men. Die vier Mandate sind beanstandet worden und werden nach Erledigung der üblichen Formalitäten für ungültig erklärt werden — von Rechts wegen, obgleich für alle zwölf Berliner Mandate derselbe Grund zur Ungültigkeitserklärung zutrifft. Bei der zweiten Lesung der Pfarrbefolgungsgesetze hat es eine aus den Konservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen bestehende Mehrheit fertig gebracht, dem Sprecher der Sozialdemokratie, Genossen Hoffmann, dreimal das Wort abzuschneiden. Mit zynischer Schamlosigkeit gaben die Herren zu, daß sie ihn verhindern wollten, eine ähnliche Rede wie bei der ersten Lesung zu halten. Das heißt also, daß sich die Reaktionsäre frech die Befugnis anmaßen, die Sozialdemokratie einfach mundtot zu machen, wenn es ihnen so gefällt. Ein Gewaltakt, der in der Geschichte der Parlamente seinesgleichen sucht. Übrigens haben sich die Reaktionsäre bei diesem schosfen Streich so viele Blößen gegeben, die Genosse Hoffmann geschickt ausnützte, daß sie es vorzogen, bei der dritten Lesung ihre Taktik nicht zu wiederholen.

Frankreich und Deutschland haben ein Abkommen in der leidigen Marokkofrage getroffen — eine vernünftige Maßregel, die aber die Versahenheit und Unfirmigkeit der bisherigen deutschen Marokkopolitik ins hellste Licht stellt. Festgelegt wird, daß Deutschland nur wirtschaftliche Interessen in Marokko hat und die wirtschaftliche Gleichberechtigung gegen die Anerkennung der politischen Interessen Frankreichs zugesichert erhält. Das alles aber hätten wir ohne die Irrgänge unserer Politik haben können, die Deutschland viel Feindschaft eingebracht haben, das Verhältnis zu Frankreich vergifteten und einmal dicht am Abgrund eines Krieges vorbeiführten.

In Schweden haben beide Kammern eine Wahlreform beschlossen, die das allgemeine Wahlrecht mit dem Proportionalssystem bringt. Die erste Kammer wird erheblich demokratisiert und der Zensus für das Gemeindevahlrecht herabgesetzt. Indes sind noch nicht alle grundsätzlichen Forderungen erfüllt, die die Sozialdemokratie stellen muß, so daß sie gegen die Vorlagen stimmt.

Die italienische Kammer, deren Lebensdauer nächsten Herbst abläuft, ist aufgelöst worden, da der Zeitpunkt für die Neuwahlen der Regierung günstig scheint. Die Sozialdemokratie zieht im Bündnis mit Republikanern und Radikalen in die Wahlschlacht, der reformistische Parteivorstand empfiehlt den Wahlkreisorganisationen, nur dort sozialistische Kandidaten aufzustellen, wo sie Aussicht auf Sieg haben! Sonst soll gleich im ersten Wahlgang für die Kandidaten der Verbündeten gestimmt werden. Das bedeutet einen Verzicht auf die selbständige Aktion und vor allem Agitation im Wahlkampf, der sicherlich der Aufklärung und Schulung der Massen nicht förderlich ist.

In der Türkei hat das junge Parlament mit einer Festigkeit, die man dem deutschen Reichstag wünschen möchte, einen schätzerischen Versuch des Ministerpräsidenten Riamil Paschas, nach rechts zu schwenken, zuschanden gemacht und entgegen dem Wortlaut der Verfassung das Recht des Parlamentes durchgesetzt, die Minister zu bestimmen. Sein Kandidat Hilmi Pascha mußte vom Sultan mit dem Präsidium des Kabinetts betraut werden. H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Geißel der Arbeitslosigkeit fällt mit verstärkter Wucht auf den Rücken der deutschen Arbeiterklasse. Was tun zur Abwehr die staatlichen Gewalten, was die Gemeindeverwaltungen des Reiches, das sich so gern selbstgefällig einer „mustergültigen“ Sozialpolitik rühmt? Sie erweisen ihre vollständige Unfähigkeit, auch nur der schreiendsten Not zu steuern. Es wiederholt sich das alte Schauspiel, das jede Krise sich abwickeln läßt, ein Schauspiel, das empörend ist für alle, welche Arbeitslose, Brotlose, vielleicht auch Obdach- und Heimatlose sind, für alle, die mit diesen Opfern der kapitalistischen Ausbeutung fühlen, und das trotzdem eine gute Seite hat. Es ist unendlich lehrreich für die ausgebeuteten Massen. Wie die Krise selbst diesen unter unendlichen Plagen einbleut, daß für sie auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung nie so gut sein wird, daß sie hier Hütten bauen können, so setzt das Verhalten der öffentlichen Gewalten zu den schrecklichen Folgen der Krise auch die letzten Illusionen hinweg, als ob von der Einsicht, der Gerechtigkeit, dem Wohlwollen und anderen gepriesenen Eigenschaften der besitzenden Klassen noch auch nur eine ernsthaftige Sozialreform zu erwarten sei. Diese Lehre ist gewiß nicht neu, im Gegenteil, aber sie ist nichtsdestoweniger leider noch immer recht notwendig. Es ist das geschichtliche Verhängnis der ausbeutenden Klassen, daß sie selbst die Ausbeuteten, die nicht hören wollen, durch das Fühlenlassen der kapitalistischen Herrlichkeit schließlich doch aus ihrem Stumpfsinn aufwecken. Kann man sich eine auf-

reizendere Sprache denken als die Tatsache, daß Staat und Gemeinden in der Hauptsache den Schrecken der Arbeitslosigkeit nur mit Worten begegnen? Wir hören langatmige Erörterungen darüber, was geschehen könnte und müßte: Einführung einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung; Aufnahme einer staatlichen Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit; Ausführung von Notstandsarbeiten großen Stiles; Schaffung weitgreifender Vorbeugungs- und Fürsorgemaßregeln in der Zeit flotten Geschäftsganges usw. Während der tiefgründigen Auseinandersetzungen darüber, ob etwas und was geschehen könne, verstreicht die Zeit. Und der kreisende Berg des „sozialen Empfindens“ gebiert wieder weniger als das berüchtigte Mäuselein. In Preußen hat der Minister für Handel und Gewerbe den Kommunen nahegelegt, Vorkehrungen zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu treffen. Aber niemand braucht sich nach dem Erlaß zu richten. Die Gemeinden lassen bestenfalls einige Notstandsarbeiten ausführen, bei denen sie einen — meist kleinen! — Teil von Arbeitslosen gern zu besonders niedrigen Löhnen beschäftigen. Diese „Aktionen“ vervollständigen sie mit Vorliebe durch statistische Erhebungen, deren Zweck der angebliche Nachweis ist, daß eine „erhebliche“ Arbeitslosigkeit gar nicht existiert, daß die Arbeitslosen meist nichts als Arbeitsscheue und so tief gesunken sind, daß sie sich bei dem „guten“ Tagelohn von 2 Mk. und 2,50 Mk. nicht zu Tode rackern wollen. Es ist bezeichnend, daß es die Gemeinden mit dem großen offiziellen Arbeitsapparat, über den sie verfügen, nicht einmal zu einer einigermaßen einwandsfreien Arbeitslosenräufung bringen. Die freien Gewerkschaften der Arbeiter haben auch in dieser Beziehung viel Zuverlässigeres und Besseres geleistet. Die von ihnen gewonnenen Zahlen reden freilich eine andere Sprache über den Umfang der Arbeitslosigkeit als die Zusammenstellung eifriger Magistratsherren. Es sei nur an die mehr als 101 000 Arbeitslosen erinnert, welche die Räumung der organisierten Arbeiter für Groß-Berlin festgestellt hat. Auch die vom „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Nachweisungen über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern deutscher Fachverbände lassen trotz ihrer Unvollständigkeit erkennen, wie groß die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen sein muß, die auf dem Pflaster liegen. Nach den vorliegenden Berichten für das vierte Quartal vorigen Jahres wurden bei 47 berichtenden Verbänden mit rund 1/4 Million Mitgliedern 4,4 Prozent derselben als arbeitslos gezählt, gegen 2,7 Prozent zu Beginn des Vierteljahrs. Diese Ziffern mögen auf den ersten Blick nicht sehr hoch erscheinen, gewinnen aber schon ein anderes Gesicht, wenn wir erfahren, daß die Gesamtzahl der verzeichneten Arbeitslosentage sich auf 2280547 bezifferte. Dazu müssen wir die folgenden Tatsachen bedenken. Die Bildhauer waren zu 66 Prozent arbeitslos, die Friseure zu 53,4 Prozent, die Tapezierer zu 41,8 Prozent, die Glaser zu 28 Prozent, die Holzarbeiter zu 22,8 Prozent, die Bäcker zu 21,1 Prozent usw., und die Verbände zahlten in der Zeit 2189588 Mk. an Unterstützung aus. Dabei ist noch zu beachten, daß die vorstehenden Angaben sich nur auf einen Teil der existierenden Verbände beziehen, und daß die Statistik nur organisierte Arbeiter erfaßt hat und sich nicht auch auf das große Heer der Unorganisierten erstreckte. Die mehr als zwei Millionen, welche die berichtenden Verbände im Verlauf eines einzigen Vierteljahres für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben haben, sagen den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen recht eindringlich, daß die Gewerkschaften ernster als alle öffentlichen Gewalten der Klassengesellschaft den furchtbaren Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuarbeiten bemüht sind. Das aber nicht bloß durch die Unterstützungseinrichtungen für Arbeits- und Erwerbslose, die immer besser ausgebaut werden. Vielmehr ebenso durch die Festlegung bestimmter Arbeitsbedingungen, welche die Unternehmer auch in der Zeit schlechten Geschäftsganges respektieren müssen.

Angesichts des Bankrotts der offiziellen Sozialreform in Sachen der Arbeitslosigkeit ist von dem angekündigten Gesetzentwurf zur Regelung der Tarifverträge nur Schlimmes zu erwarten. Auch in dieser wichtigen Frage haben die Arbeitenden Fortschritte nur von der eigenen Kraft zu erwarten.

Zu einer umfassenden Tarifzentralisation ist es im Schneidergewerbe gekommen. Durch Vertrag sind hier nun alle 89 im Reich örtlich abgeschlossenen Tarife auf die Hauptvorstände der Arbeiter- und der Unternehmerorganisation als Vertragsabschließende übertragen worden. Örtliche Tarifverträge können für die Folge nur durch die Hauptvorstände abgeschlossen und gekündigt werden. Weitere Bestimmungen regeln die Kündigungsfrist und das Einspruchsrecht der örtlichen Parteien. — In der Holzindustrie sind mit dem Februar die Neuerungen in Kraft getreten, die im vorigen Jahre durch Tarifabschluß vereinbart worden sind. In 19 Städten trat in der Folge eine Lohnerhöhung von einem bis zwei Pfennig in der Stunde ein, ebenso eine Verkürzung der

Arbeitszeit um eine Stunde, die zum Beispiel in Berlin von 52 auf 51 Stunden herabgesetzt worden ist. In manchen Orten mußte die Organisation dem Versuch der Arbeitgeber entgegenzutreten, von den Arbeitern nicht gewollte Vesperpausen als Verkürzung der Arbeitszeit anzurechnen. So wurde wieder einmal beleuchtet, daß in den Kreisen der Unternehmer stets die Neigung lebendig ist, geschlossene Verträge nicht zu respektieren, wenn nicht die Macht der Arbeitergewerkschaft Respekt dafür erzwingt. — Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Malergewerbe wählten eine Tarifüberwachungs- und Schlichtungskommission, die über Einhaltung des im April vorigen Jahres abgeschlossenen Normaltarifs zu wachen und eventuell entstehende Streitigkeiten zu schlichten hat. — Der Bergarbeiterverband wird auf seiner nächsten Generalversammlung in Eisenach die in letzter Zeit vielumstrittene Frage nach der Möglichkeit und dem Wert von Tarifverträgen im Bergbau verhandeln.

Den Textilarbeitern und -arbeiterinnen in Langenbielau ist von zwei großen Firmen eine Lohnreduktion zugemutet worden, die bis zu 30 Prozent betragen sollte. Fast sämtliche Beschäftigten legten zur Antwort auf das Ansinnen die Arbeit nieder. Auch in Gausstadt bei Bamberg soll in einer Weberei und Spinnerei eine größere Differenz bestehen, die eventuell zum Ausstand führen könnte.

Der Glasarbeiterverband wird auf seiner bevorstehenden Generalversammlung in Hannover die Schaffung eines keramischen Industrieverbandes und die Einführung einer Krankenunterstützung erörtern. — Die Handschuhmacher beschlossen durch Urabstimmung, sich dem zu gründenden Lederarbeiterverband anzuschließen. — Eine wichtige Tagung hat der Fabrikarbeiterverband vorbereitet. In Frankfurt a. M. soll eine Konferenz der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter stattfinden, die sich besonders mit den Unfall- und Vergiftungsgefahren beschäftigt wird, die in diesem Wirtschaftsgebiet in außerordentlich hohem Grade vorhanden sind. Zweck der Beratungen ist, ausreichenden Schutz dagegen von der Gesetzgebung zu verlangen. #

**Aus dem niederrheinischen Textilgebiet.** Die Altienweberei R. Schwarz & Co. in Gräfrath bei Krefeld sperrte ihre sämtlichen Weber und Weberinnen sowie einen Teil der Hilfsarbeiterinnen (Spulerinnen und Schererinnen) aus, im ganzen circa 300 Personen. Die Aussperrung erfolgte, weil 56 Weber der Mognetteppichbranche zur Abwehr einer 25 bis 30prozentigen Lohnreduzierung die Kündigung eingereicht hatten. Die Firma versuchte es seit Jahresfrist schon zum viertenmal, den Lohn herabzusetzen. Auch sonst herrschen bei ihr in bezug auf Heizung, Beleuchtung sowie Sicherheit gegen Betriebsgefahren unerträgliche Zustände. Die Ausgesperrten sind ziemlich vollzählig organisiert, teils im Deutschen, teils im Christlichen Textilarbeiterverband. Die Firma lehnt Verhandlungen mit den Verbandsleitern ab, versucht jedoch die Öffentlichkeit über den wahren Sachverhalt zu täuschen, indem sie in gedruckten Zirkularen die Löhne von zwei Paradearbeitern bekannt gibt und die unwahre Behauptung aufstellt, die Arbeiter verlangten 50 Prozent Lohnherabsetzung. Diese Machenschaft sei hiermit besonders tiefer gehängt. W. K.

**Aus dem Verband der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter.** Wie die Wirkungen der Krise sich fühlbar machen und welche Opfer die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen bringen, um ihre durch die Schuld des kapitalistischen Regimes brotlos gewordenen Brüder und Schwestern über Wasser zu halten, illustriert deutlich der Kassenbericht des Verbandes der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter über das dritte Quartal 1908. Nach ihm waren in dem genannten Zeitraum bei einer Mitgliedschaft von 6075 männlichen und 7382 weiblichen Personen 1300 Mitglieder 23 276 Tage arbeitslos. Im gleichen Quartal des Jahres 1907 waren nur 688 Mitglieder mit 10 288 Tagen als Arbeitslose gezählt worden, ihre Ziffer ist also von 4,9 auf 10 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenunterstützung, welche für das dritte Quartal 1907 4674 M. betragen hatte, belief sich im dritten Quartal 1908 auf 9831 M. Es bedeutet dies eine Steigerung um 112 Prozent. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit des einzelnen Mitglieds ging von 15 auf 18 Tage in die Höhe. Und noch immer ist kein Ende der Krise abzusehen. gl.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

Die beiden letzten öffentlichen Versammlungen des Vereins für weibliche Hausangestellte zu Frankfurt a. M., die am

22. November 1908 beziehungsweise 31. Januar d. J. im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfanden, waren sehr gut besucht und brachten der Organisation einen erfreulichen Mitgliederzuwachs. Am 22. November sprach Genossin Mirus-Berlin in ausführlicher Weise über die Gefindeklaverei und Rechtlosigkeit der Dienstmädchen. Mit besonderer Bewegung wurden ihre Ausführungen über die Beschäftigung von Kindern in Haushaltungen entgegengenommen, die von dem Kinderschutzgesetz vom Jahre 1904 nicht berührt wird. Im zarten Alter von sieben Jahren schon dürfen Kinder in fremden Haushaltungen beschäftigt werden. Im Jahre 1895 befanden sich 7800 Kinder unter zwölf Jahren, 25 689 im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren im Dienst, die ihren Kontrakt einhalten mußten. Das sind sehr betäubende Zahlen, die nach Abhilfe schreien. — Am 31. Januar sprach Genosse Rudolph über „Die Dienstboten im Wandel der Zeiten“. An der Hand geschichtlicher Dokumente wies er nach, daß die Dienstboten seit Jahrhunderten vom Standpunkt des Arbeitgebers aus beurteilt wurden. In einem Flugblatt vom Jahre 1652 zum Beispiel, das in Nürnberg erschien, ist von allen möglichen Lasten der Mädchen die Rede, von Lügehaftigkeit, Faulheit, Puffsucht usw., von der großen Plage, die die armen Hausfrauen mit den bösen Mägden auszustehen haben. Die Dienstboten blieben gedrückt und geknechtet, bis die organisierte Arbeiterschaft sich ihrer annahm. Der Referent kam noch auf die am 25. Januar d. J. in Regensburg gegründete christliche Dienstbotenorganisation zu sprechen, über die die „Gleichheit“ in der vorigen Nummer berichtet hat. Er kritisierte deren Statuten und stellte diesen die Vorteile gegenüber, die die Mitglieder des am 17. Januar d. J. in Berlin ins Leben gerufenen Zentralverbandes der Hausangestellten genießen. Jeder müsse im eigenen Interesse der Organisation immer neue Mitglieder zuführen. Nachdem ein Mädchen in der Diskussion ausgeprochen hatte, daß die Herrschaften fürchten, in den Versammlungen der Organisation genannt zu werden, spornete Genossin Rudolph die Mitglieder an, aus dieser Furcht Nutzen zu ziehen und mutig vor der Herrschaft die Zugehörigkeit zum Verein zu bekennen. Ferner forderte sie zu regerer Benutzung der Zentral-Arbeiterbibliothek auf, damit die teuren Schundromane immer mehr aus den Mädchenkammern verschwinden.

Am Sonntag den 24. Januar hielt der Verein im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses seine dritte Generalversammlung ab. Mit dem Verlauf des zweiten Geschäftsjahres kann die Organisation ebenso zufrieden sein wie mit dem des ersten, wenn auch die Krise und das dadurch erfolgte Zutreten von weiblichen Arbeitskräften in die Hauswirtschaft in den Monaten Oktober und November nicht ganz ohne Einfluß auf den Stand des Vereins geblieben ist. Im Jahre 1908 hielt die Organisation zwölf Versammlungen ab, davon drei öffentliche zur Agitation, acht Mitgliederversammlungen, die sich mit Vereinsangelegenheiten und allgemeinen Bildungsfragen beschäftigten, und eine Generalversammlung. Zur Pflege der Geselligkeit fanden zwei Sommerfeste, ein Ausflug und ein Maskenball statt. Der Mitgliederbestand hat sich ungefähr auf gleicher Höhe gehalten trotz 350 Neuaufnahmen, da die Fluktuation unter den Mädchen ständig sehr groß ist. Die meisten Aufnahmen entfielen auf das Bureau, nämlich 163, in den Versammlungen und auf den Festen gewann die Organisation 141 Mitglieder und durch Hausagitation 46. Dem Zuwachs stehen 280 Austritte gegenüber, wovon die meisten, und zwar 71 wegen Fortzug in eine andere Stadt erfolgten. 57 Mitglieder verheirateten sich, 48 gingen nach Hause, 6 ergriffen einen anderen Beruf, 6 weitere traten mit Rücksicht auf die Herrschaft oder die Verwandtschaft aus dem Verein aus, 8 wegen zu großer Frömmigkeit — die sich anscheinend nicht mit dem Streben nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verträgt —, 3 wegen unheilbarer Krankheit, und 36 mußten teils ausgeschlossen werden, teils traten sie selbst zurück, da sie absolut der Solidarität die 30 Pf. Monatsbeitrag nicht opfern wollten. Bei dem Rest konnte der Grund nicht festgestellt werden. Immer noch muß darüber geklagt werden, daß die Mädchen häufig verfaulen, bei Wohnungswechsel dem Vorstand die neue Adresse sofort mitzuteilen; so kommt es, daß immer eine sehr große Zahl von Mitgliedern (kurzeit 308) in den Listen geführt werden, die dem Verein angehören, deren Beiträge aber nicht kassiert werden können. Nur durch Zufall und oft nach langer Zeit werden die Adressen dieser Mitglieder wieder bekannt. Die Stellenvermittlung wurde auch im Berichtsjahre trotz der beschränkten Verhältnisse ziemlich stark benützt, und zwar wurden 604 offene Stellen gemeldet und 424 Stellensuchende. Nach den Büchern sind 99 Vermittlungen perfekt geworden, vermutlich aber ist die Zahl mindestens doppelt so hoch, da es leider sowohl die Herrschaften wie die Mädchen oft verfaulen, das Bureau von der erfolgten Einstellung in Kenntnis

zu sehen. Die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitglieder, Festüberschüssen und freiwilligen Beiträgen für die Stellenvermittlung betragen im letzten Jahre 2392,20 Mk., die Ausgaben 2161,09 Mk., so daß ein Kassenbestand von 231,11 Mk. auf das neue Geschäftsjahr übertragen werden konnte. Die Gründung des Zentralverbandes der Hausangestellten, über die in der Generalversammlung Genossin Tesch berichtete, wird dazu beitragen, daß die örtlichen Vereine ausgebaut, die Organisation auf eine Höhe gebracht wird, die sich mit den anderen Arbeiterverbänden messen kann. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Erste Vorsitzende Frau Rudolph, zweite Vorsitzende Fräulein Vittorf, Schriftführerin Fräulein Bernhard, Kassiererin Frau Tesch, Beisitzerinnen Frau Adam und Frau Heimberger, Revisorinnen Frau Gambichler, Fräulein Schmidt und Fräulein Schlecht. M. R.

**Kein Dienstbotenmangel mehr.** Durch den Rückgang der Industrie ist das Angebot von Dienstboten gestiegen, und manche „Madame“ atmet erleichtert auf. Sie hat jetzt viel mehr „Auswahl“ und kann es wieder riskieren, im Jahre zwölfmal ihr Mädchen zu wechseln. Der Mitteldeutsche Arbeitsnachweisverband zu Frankfurt a. M. schreibt unter anderem: „In der Konfektionsindustrie in Frankfurt und Wiesbaden war durch die wenig günstigen Witterungsverhältnisse zurzeit nicht genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden, um namentlich den Schneidern, insbesondere auch den weiblichen Heimarbeiterinnen, ausreichenden Verdienst zu gewähren. Die Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft war an und für sich aus natürlichen Gründen gering, reduzierte sich aber noch weiter durch den starken Frost am Ende des Monats. Mit dem Einsetzen des Winters und der Steigerung der industriellen Arbeitslosigkeit hat das Angebot von Dienstboten schärfer zugenommen. Der dringenden Nachfrage nach Dienstboten ist ein fast ebenso dringendes Angebot weiblicher Dienstkräfte gefolgt, so daß also von einem Dienstbotenmangel, besonders in den Großstädten, kaum noch die Rede sein kann. Ob aber der Dienstbotennot ein Ende bereitet ist, steht auf einem anderen Blatte. Ein Dienstbotenmangel hat auch schon vorher insofern nicht bestanden, als sich untüchtige Dienstboten aller Art, unfähige Kindermädchen, ungeschulte Stubenmädchen, nichts verkehrende Köchinnen in genügender Zahl anboten. Darin besteht aber die Dienstbotennot nicht, sondern sie charakterisiert sich durch den Rückgang der Leistungsfähigkeit, der Tüchtigkeit und des hauswirtschaftlichen Sinnes und Verständnisses der Dienstboten. Diesem Mangel hilft auch der vermehrte Andrang zu den öffentlichen Arbeitsnachweisen nicht ab.“ Gern lehren die gewerblichen Arbeiterinnen gewiß nicht in die Dienstbotenslaverei zurück! Sie folgen der Not, nicht dem eigenen Triebe. Wer aber urteilt über die Tüchtigkeit der Dienstboten? Gewöhnlich die „Madame“, die selbst keine Hausarbeit oder Küchenarbeit verrichten kann, ja recht oft nichts von ihr versteht und nur über den „Rückgang der Leistungsfähigkeit“ der Mädchen stöhnt, um die Konjunktur auszunützen und niedrige Löhne zu zahlen! E. G.

**Daß eine Unterhaltung mit einem Dienstmädchen grober Unzucht sei,** dieser weisen Ansicht war der Amtsvorsteher in Benfendorf, der einem jungen Landarbeiter folgendes originelle Strafmandat zugehen ließ: „Sie haben sich am Sonnabend den 9. Januar in der späten Abendstunde längere Zeit mit der Dienstmagd des Pfarrers Hennig zu Delitz a. B. in dem Kuhstall des Pfarrers gehöhlt zu Delitz a. B. unbefugt aufgehalten und dadurch groben Unzucht verübt. Beweis: Parrer Hennig, Delitz a. B. § 360 Reichsstrafgesetzbuch. 16 Mk.“ Wer die abendliche Unterhaltung des pfarrherrlichen Dienstmädchens mit einem jungen Arbeiter denunziert hat: ob das sittlich-christliche Gemüt des Pfarrers selbst oder irgend eine erbohte alte Nachbarin, ist aus der uns vorliegenden Notiz leider nicht zu ersehen. Dagegen spiegelt der gemeldete Tatbestand eines wider: die persönliche Unfreiheit und Rechtsbeschränkung, welche Herrschaften und Obrigkeiten als selbstverständliches Los des Dienstboten erachten. Was zumal unter der häuerlichen Bevölkerung jedem jungen, lebensfrischen Mädchen recht ist: abends sich mit einem Bekannten zu unterhalten, das sollte einem Dienstmädchen verwehrt sein. Daß angerufene Gericht war diesmal klüger als die übliche Ortsobrigkeit. Es befristete die Verfügung des Amtsvorstehers nicht. Die Dienstmädchen wissen, daß eine Schwalbe noch keinen Sommer macht. Sie müssen sich daher für die Wahrung ihrer Rechte den Herrschaften gegenüber auf ihren eigenen Mut verlassen und auf die Kraft der Organisation, der sie angehören. Von diesem Mute befeelt und von dieser Kraft getragen, haben sie in allen Fällen die Einmischung der Herrschaften in ihre Privatangelegenheiten energisch abzuweisen. ed.

## Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

„Wegen der Geistlichkeit.“ Das Gewerbegericht zu Karlsruhe beschäftigte sich am 28. Januar mit der Klage einer Einlegerin der dortigen Badenia-Druckerei wegen rechtswidriger Arbeitsentlassung und Entschädigung für vierzehntägigen Lohnausfall. Die Arbeiterin schaffte seit sieben Jahren gegen großen Lohn in dem Zentrumsgeschäft, wo das Zentralorgan der badischen Ultramontanen hergestellt wird, der von der Geistlichkeit redigierte „Badische Beobachter“. Im November vorigen Jahres mußte die Einlegerin wegen ihrer Schwangerschaft einige Zeit von der Arbeit wegleiben. Nachher lehnte die Geschäftsleitung ihre Wiedereinstellung unter nichtigen Vorwänden ab. Es hieß auch, die Arbeiterin könne „wegen der Geistlichkeit“ nicht wieder beschäftigt werden, vor deren Augen man keine schwangere Person herumlaufen lassen dürfe. Die Proletarierin mit ihrem Wochenlohn von 11 Mark mußte sich wegen ihrer Mutterschaft von sogenannten Befennern Christi, dessen Mutter als Jungfrau verehrt wird, maßregeln lassen. Als das Gewerbegericht ob des mitgeteilten Entlassungsgrundes einen Beweisbeschluss erließ, zog der Vertreter der belangten Zentrumldruckerei seine Weigerung zurück und verglich sich mit dem Vater der Arbeiterin auf eine Lohnentschädigung von 15 Mark. „Wegen der Geistlichkeit!“ Es hätte nur noch gefehlt, daß der Vater des Kindes aus dem Stande derer ist, welche sich sittlich entrüsten, wenn sie Anzeichen der Mutterschaft sehen. mg.

## Soziale Elendsbilder.

**Zweierlei Gesetz für zweierlei Tutz.** Ende Januar hat das Schwurgericht in Dresden das einundzwanzigjährige Dienstmädchen Frida Helle zum Tode verurteilt. Die Unglückliche hatte ihr sechs Monate altes uneheliches Kind ertränkt. Sie führte die in ihren Einzelheiten grauenvolle Tat nicht allein aus. Ihre Veräterin und Helferin war eine sechzehnjährige Freundin. Durch reichlich genossene Schundlektüre verdorben, gab sie der ratlosen, verzweifelteten Mutter den schauerlichen Gedanken ein, sich durch einen Mord von der Last des unehelichen Kindes zu befreien.

Eine Mutter, die ihr eigen Fleisch und Blut morder! Gibt es Entsetzlicheres? Nach den Begriffen der bürgerlichen Gesellschaft verdient diese entmenschte Tat den Tod, nach dem, was in ihr als Recht gilt, kann Mord nur durch Mord geföhnt werden.

Die Gesellschaft fragt nicht nach den Ursachen der Verzweiflungstat. Denn diese Ursachen beleuchten fast stets das Wesen der geltenden sozialen Ordnung und enthüllen als Recht die Macht der heute herrschenden Klassen. In diesem besonderen Falle erscheint aber nicht nur die barbarische, grausame Natur der bürgerlichen Klassengesellschaft in hellem Lichte, sondern innerhalb dieser Gesellschaft die Machtstellung einer besonders bevorrechtigten Kaste, des Militärs.

Frida Helle war von einem Sergeanten verführt worden, der es mit seiner Würde „als Stellvertreter Gottes auf Erden“ vereinbar hielt, sich weder um die Verführte noch um sein Kind zu kümmern. Das aber war sein gutes Recht, denn im Gesetz heißt es: „Vom Solde der Gemeinen und Unteroffiziere darf für Alimente nichts abgezogen werden.“ Was brauchte er, der Verführer, sich um die Folgen seiner Tat zu kümmern? Das Mädchen hätte sich ihm ja nicht „leichtsinig“ hinzugeben brauchen. Mag es sehen, wie es zurecht kommt! — Die „Gefallene“ hatte niemand, dem sie sich in ihrer Not anvertrauen konnte. Und als diese aufs höchste gestiegen war und die Einundzwanzigjährige in ihrem Elend nicht mehr aus noch ein wußte, als sie sich in einem Zustand befand, der nicht mehr als normal betrachtet werden kann, ließ sie sich zu der entsetzlichen Tat verleiten. Nun sitzt sie als Mörderin vor Gericht, und nur Männer der besitzenden Klassen richten über ihre Tat. Sie verurteilen nicht etwa den Urheber des Unglücks, sie schicken das verführte Mädchen aufs Schafott.

Das ist bürgerliche Justiz! Das ist Klassenjustiz in ihrer schreiendsten Ungerechtigkeit, gegen das sich das Rechtsgefühl der werktätigen Massen empört, besonders aber das der Proletarierinnen.

Nicht nur in Sachsen, auch in Preußen bevorrechtigt das Gesetz die Soldaten als uneheliche Kindesväter. Das Landrecht für die königlich preussischen Staaten besagt: „Wegen der Alimente des Kindes soll von dem Traktament eines Unteroffiziers oder gemeinen Soldaten kein Abzug stattfinden. Wenn also ein solcher Schwängerer außer seinem Solde weiter kein Vermögen oder Erwerb hat (und wann wäre das der Fall?), so muß inzwischen die Mutter für die Ernährung des Kindes sorgen und bis zu verbesserten Vermögensumständen des unehelichen Vaters sich gedulden.“ Der

reine Hohn! Die erwerbsunfähige junge Mutter muß ihr Kind allein ernähren, denn ihr Liebster im bunten Rocke besitzt ja nur seinen Sold, von dem für Alimente nichts abgezogen werden darf. Das verzweifelte Mädchen, das sein Kind nicht zu ernähren imstande ist, das es der Not und dem Elend und dazu noch der Verachtung der Gesellschaft preisgegeben sieht, soll sich „gedulden“, bis der Vater in besseren Vermögensverhältnissen ist. Es kann sich nicht dulden und mordet sein Kind. Die wahre Verbrecherin ist da die Gesellschaft, die die Mutter eines unehelichen Kindes schutzlos dem Elend überliefert und das „Soldatenliebchen“ nicht einmal durch Zwang der Alimentenzahlung für den Vater so wenig schützt wie andere uneheliche Mütter. Das Militär muß bevorzugt werden, damit es von dem „Zivilistenpack“ möglichst geschieden ist und eine zuverlässige Stütze der Ausbeutungswirtschaft bleibt. Bajonette und Kanonen sind ja die letzten „Gründe“, welche die Vortrefflichkeit dieser Wirtschaft erweisen sollen.

Möchte das Gnadengesuch Erfolg haben, das die Geschworenen für die unglückliche Frida Helle an den König richteten. Wir wünschen es von Herzen. Allein mit diesem Erfolg ist es nicht getan. Das Gesetz bleibt bestehen, das den Soldaten ein „Liebesprivileg“ einräumt, und damit bleibt die Möglichkeit der Wiederholung eines gleich furchtbaren Falles. Fort daher mit einer Bestimmung, die den Mann ohne Verantwortung für sein Liebesleben läßt und nur dem Weibe die Folgen davon aufbürdet. Und her mit wirksamer, vorurteilsloser gesellschaftlicher Fürsorge für alle Mütter, die unehelichen wie die ehelichen!

Proletarierinnen landauf und landab! Genossinnen! Kämpft für das Recht des armen Weibes, der armen Mutter. Organisiert euch, auf daß ihr eine Macht werdet im Staate und aufhört, bloß Objekte der Gesetzgebung zu sein. Gemeinsam mit den Männern eurer Klasse müßt ihr Gesetze und Einrichtungen erzwingen, die euch befreien von den Qualen, die ihr heute als Frauen und als Ausgebeutete zu erdulden habt, Gesetze und Einrichtungen, die euch zu gleichberechtigten Menschen machen, die in reifer Kraft des Geistes und Charakters Verantwortlichkeiten übernehmen und tragen können. M. W.

### Frauenstimmrecht.

I. K. Der Verein für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts in England (Adult Suffrage Society) führt die Agitation für seine Programmforderung mit verstärkter Kraft weiter. Die letzte Generalversammlung, über deren Verlauf wir bereits berichteten, hat mit den Genossinnen Macpherson und Dora B. Montefiore nicht bloß ganz entschiedene Anhängerinnen des allgemeinen Wahlrechts, das heißt zielklare Gegnerinnen des beschränkten Damenwahlrechts in die Leitung berufen, sondern auch sehr rührige, energische Kämpferinnen. Der Verein bemüht sich, alle gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen zu gemeinsamem systematischen Eintreten für das allgemeine Wahlrecht mobil zu machen. Zu diesem Zwecke regt er Versammlungen an, die von dem Gewerkschaftsverband und den Lokalverbänden der Unabhängigen Arbeiterpartei wie der Sozialdemokratischen Partei in den einzelnen Städten zusammen einberufen werden und Stellung zur Wahlrechtsforderung nehmen sollen. Des weiteren hat der Verein an alle Gewerkschaftsstellvertreter Flugblätter verschickt, welche den reaktionären Charakter des beschränkten Damenwahlrechts aufzeigen und die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts beleuchten. Die gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen werden außerdem aufgefordert, die Resolution zugunsten der Wahlrechtsreform anzunehmen, welche der letzte Jahreskongreß der Trade Unions gefordert hat, und deren Rückgrat das allgemeine Wahlrecht aller großjährigen Männer und Frauen bildet. Diese Resolution soll dem Ministerpräsidenten zugeschickt werden. Auch durch die Veröffentlichung und Verbreitung von Flugblättern, Broschüren usw. zugunsten des allgemeinen Wahlrechts sucht der Verein diese Forderung in immer größerer Kreise zu tragen und insbesondere für sie die organisierten Arbeitermassen unter Führung der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften in den Kampf zu führen. Die Haltung und das Vorgehen der Adult Suffrage Society verdienen um so mehr Anerkennung und seitens der Genossinnen und Genossen tatkräftige Förderung, als die frauenrechtlerische Agitation für das Wahlrecht des weiblichen Geschlechts die proletarischen Massen über die Bedeutung dieser Reform zu verwirren strebt und Unklarheit bis in die sozialistischen Kreise hineinträgt.

Vom Kampf um das Damenwahlrecht in England. Der Wiederzusammentritt des englischen Parlaments gab den bürger-

lichen Frauenrechtlerinnen Gelegenheit zu einer Kundgebung für das reaktionäre Damenwahlrecht. Die sogenannten Suffragettes demonstrierten vor der Amtswohnung des Ministerpräsidenten Asquith. Die Damen wurden von der Polizei zerstreut, welche 20 von ihnen festnahm. Das Gericht verurteilte die verhafteten Demonstrantinnen zu der üblichen Strafe von 2 bis 5 Pfund Sterling oder zwei Wochen bis einen Monat Gefängnis. Fast sämtliche Verurteilte wählten im Interesse der Agitation für ihre Forderung das Gefängnis. Die frauenrechtlerischen Kundgebungen im Parlament haben den Generalstaatsanwalt veranlaßt, im Unterhaus einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher Demonstrationen dafelbst vereiteln soll. Der Entwurf sieht vor, daß Störungen im Parlament, die von Nichtabgeordneten verursacht werden, als Verleumdungen zu bestrafen sind.

### Fürsorge für Mutter und Kind.

Schutz den schwangeren und gebärenden Frauen! Immer lauter, immer dringender wird diese Forderung erhoben. Wird die Kommune, wird der Staat dem Notschrei Gehör geben? Der Staat, der voll der klaffendsten Widersprüche es mit seiner Logik vereinbar findet, in scheinbarer Fürsorge für das keimende Leben auf die Abtreibung der Frucht eine Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis und eine Höchststrafe von 5 Jahren Zuchthaus zu setzen, und der es gleichwohl zuläßt, daß gebärende Frauen in ihrer schweren Stunde hilf- und obdachlos umherwandern, bis sie an irgend einer Schwelle erschöpft zusammenbrechen. Man denke: in der Hauptstadt desselben Staates, der düsterhaft auf seine „idealen“ Wohlfahrts-einrichtungen pocht, dessen satte Anhänger vom Minister bis hinab zu den frommen Zentrumsleuten preußische Rechtspflege und Sozialpolitik in den Himmel heben: in Berlin, irrt ein armes verlassenes Dienstmädchen in Geburtswehen stundenlang vergebens von Krankenhaus zu Krankenhaus, überall jammernd um Obdach und Beistand stehend. Im Asyl des „Bundes für Mutterschutz“, wohin die Arme sich zuerst gewandt hatte, ist kein Platz mehr frei. Die Kreißende wird im Automobil nach dem Charlottenburger Krankenhaus geführt und dort — echt preussisch — abgewiesen, weil sie nicht — ortszuständig ist. Man schiebt sie, wieder im Automobil, in dem sie jammernd kniet, nach dem Krankenhaus Westend. Hier gibt es keine Entbindungsanstalt, darum zurück mit ihr ins Charlottenburger Krankenhaus. Endlich wird das zu Tode erschöpfte Weib von einer Unfallstation aufgenommen, wo es nach kurzer Zeit ein Kind zur Welt bringt — einen künftigen „Staatsbürger“. Dieser Fall, der dem „Bunde für Mutterschutz“ Anlaß zu einer Protestversammlung gab, steht nicht vereinzelt da. Ein Dienstmädchen, das von den Eltern verstoßen war und von der Herrschaft unmittelbar vor der Geburt auf die Straße gesetzt wurde, irrt in Wind und Wetter, einem geheizten Wilde gleich, umher, bis es endlich auf der Schwelle des Mutterschutzheims zusammenbricht und in schmutzigen, durchnähten Kleidern einem Kinde das Leben schenkt. Ein schweres Kindbettfieber war die Folge. Eine Frau, bei der man die Geburt im Krankenhaus künstlich zu beschleunigen versucht hatte, wird, als sie zu der vorgeschriebenen Zeit nicht niederkommt, ohne Geldmittel auf die Straße gesetzt, obwohl die Geburt schon eingeleitet war. Die Zahl der Frauen ist wahrlich nicht klein, die auf ähnliche Weise einen Vorgeschmack von der Wertung und Fürsorge bekommen, welche die bürgerliche Gesellschaft dem Menschenleben angedeihen läßt. Die Schuld an so schmählichen Zuständen trifft weder einzelne Personen, noch Institutionen, sondern die ganze bürgerliche Gesellschaft. Auf Gegensätze und Widersprüche aufgebaut, hat sie nicht allein Lüge, Heuchelei und Halbheit im Gesolge, sie scheint auch zuweilen mit Blindheit geschlagen. Sie will nicht einsehen, daß Kinder, die dank der sozialen „Fürsorge“ unter Umständen wie die geschilderten die beste aller Welten erblicken, wenn sie heranwachsen und denken lernen, zu zielbewußten Kämpfern gegen die Ordnung oder richtiger Unordnung der Gesellschaft werden müssen. Neben der Furcht vor dem immer wachsenden Heere ihrer überzeugten Feinde ist es nicht in letzter Linie die Sorge um das gute Kanonen- und Maschinensutter, die die bürgerliche Gesellschaft zu Zugeständnissen an die Forderung der Fürsorge für Mutter und Kind zwingt. Diese Forderung steht auf der Tagesordnung des öffentlichen Lebens und wird nicht mehr von ihr verschwinden. Schließt die Reihen, Genossinnen! Kämpft für euer Recht als Mutter, kämpft für das Recht eurer Kinder, vereinigt euch zum Rufe: Heraus mit dem Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz!

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.  
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.